

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H O N A Y
Wien, am Donnerstag, den 2. Mai 1929

.....
Starke Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit bei Kleinkindern. Die Bekämpfung der Tuberkulose, wie sie von der Gemeinde Wien seit Jahren geübt wird, hat bereits erfreuliche Erfolge gezeitigt. Wie in der Jahressitzung der Landeszentrale Wien zur Bekämpfung der Tuberkulose berichtet werden konnte, ist die Tuberkulosesterblichkeit insbesondere bei Kleinkindern bedeutend zurückgegangen. Während im Jahre 1923 auf zehntausend Kleinkinder 24'0 an Tuberkulose starben, waren es im Jahre 1927 nur mehr 15'0. Ähnlich verhält es sich mit der Tuberkulosesterblichkeit bei den Säuglingen. Auf hundert Lebendgeburten im Jahre 1923 entfielen 0'43 Tuberkulosesterbefälle. Dieser Prozentsatz ging 1927 auf 0'32 zurück. Dieser bedeutende Erfolg ist nicht zu **letzt** auf die städtische gesundheitliche Fürsorge für Säuglinge und Kinder zurückzuführen. Auch in den übrigen Altersklassen ist gegenüber dem Jahre 1923 eine Verminderung der Tuberkulosesterblichkeit zu beobachten. Der Rückgang ist bei den Frauen stärker, als bei den Männern. Im Vergleich zum Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit ist hingegen die Zahl der Neuaufnahmen in den Wiener Fürsorgestellen sehr gestiegen. Während nämlich im Jahre 1923 in 17 Fürsorgestellen 14.876 Neuaufnahmen durchgeführt wurden, verzeichnen 20 Fürsorgestellen im Jahre 1927 nicht weniger als 28.107 Neuaufnahmen. Die Zahl der Neuzugänge hat sich also verdoppelt. Von diesen meldeten sich 8288 selbst, 6440 wurden von Fürsorgerinnen und 3013 von Schulen der Fürsorge zugeführt. Auch hier ist ein Sinken des Prozentsatzes bei Säuglingen und Kindern festzustellen. Von den Fürsorgestellen wurden im Jahre 1924 47.407 Untersuchungen vorgenommen. Diese Zahl stieg im Jahre 1927 auf 106.690. Davon waren 6159 Röntgenuntersuchungen, 12.517 biologische Reaktionen und 6731 Auswurfsuntersuchungen. Eine ausserordentliche Erleichterung erfuhr die Durchführung der Auswurfsuntersuchungen dadurch, dass die Gemeinde eine eigene Auswurfsuntersuchungsstelle ins Leben gerufen hat, die diese Untersuchungen kostenlos besorgt. Eine bedeutende Arbeit haben die Fürsorgerinnen im Jahre 1927 geleistet. Sie machten nicht weniger als 57.371 Heimbesuche. Die gesamte Tätigkeit der Tuberkulosefürsorgestellen Wien umfasste 163.946 Personen.

.....
Kunstpreise der Stadt Wien. Wie berichtet, sollte die Verleihung der Kunstpreise der Stadt Wien am 1. Mai erfolgen. Sie musste aber verschoben werden und findet erst nach dem 15. Mai statt.

.....

Wien, am Freitag, den 3. Mai 1929

.....

Wien im Blumenschmuck. Wie in den letzten Jahren, veranstaltet auch heuer die Gemeindeverwaltung den Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck". Der Gemeinderat hat hierfür bereits 10.000 Schilling gewidmet, die zur Schaffung von Preisen für die Ausschmückung einzelner Fenster, Balkone, Geschäftsportale und ganzer Wohnhausseiten im geschlossenen verbauten Stadtgebiet bestimmt sind. Anmeldungen zur Preisbewerbung sind bis spätestens 15. Juni unter Verwendung von Anmeldedurcksorten an die Magistratsabteilung 22, I., Neues Amtshaus, oder an die Aktion "Schmückt euer Heim mit Blumen", I., Parkring 12, schriftlich einzusenden. Die Anmeldeformulare sind in den Einreichstellen der magistratischen Bezirksämter kostenlos erhältlich. Später einlangende Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Die Anmeldungen werden, je nachdem sie Geschäftsportale und Grosswohnungen über fünf Fenster, beziehungsweise Mittelwohnungen über drei Fenster oder Kleinwohnungen unter drei Fenster Gassen- oder Strassenhoffront betreffen, in Gruppen geteilt und danach begutachtet. Ueber die Zuerkennung der Preise entscheidet ein Preisgericht, dem 6 Gemeinderäte und 3 Vertreter des Magistrats angehören. Die zum Wettbewerb angemeldeten Fenster sind vom 8. bis 20. Juli an ihren Oberlichtern durch Papierstreifen, die gleichfalls in den magistratischen Bezirksämtern unentgeltlich erhältlich sind, kenntlich zu machen. Ausschmückungen von Höfen oder Vorgärten sind vom Wettbewerb ausgeschlossen.

.....

Kinderrettungswoche. Wie schon berichtet, wird diese Woche die Kinderrettungswoche abgehalten. Ausser vielen anderen Musikkapellen haben sich auch die Kapellen der Angestellten der städtischen Gaswerke, der städtischen Strassenbahnen und der städtischen Feuerwehr in den Dienst der Kinderrettungswoche gestellt. Die drei Musikkapellen veranstalten morgen Samstag Strassenumzüge. Die Kapelle der städtischen Gaswerke marschiert von 15 bis 17 Uhr über die Josefstädterstrasse, Lerchenfelderstrasse, Neubaugasse, Mariahilfergürtel, Mariahilferstrasse, Neubaugasse, Strozzigasse und Josefstädterstrasse. Die Musikkapelle der städtischen Strassenbahnen marschiert von 16 bis 18 Uhr vom Westbahnhof über die Mariahilferstrasse, Babenbergerstrasse, Opernring, Kärntnerstrasse, Rotenturmstrasse, Schwedenbrücke, Praterstern zur Molkereistrasse. Schliesslich marschiert die Musikkapelle der städtischen Feuerwehr von 10 bis 12 Uhr vom Hof über die Rerngasse, Wipplingerstrasse, Mars Aurelstrasse, Kchlmessergasse, Schwedenplatz, Franz Josefskai, Luegerdenkmal, Himmelpfortgasse, Neuer Markt, Graben, Kchlmarkt, Herrengasse, Freyung, Hof.

.....

Wien, am Samstag, den 4. Mai 1929

.....
Steuerforderungen der Gemeinde können nicht gepfändet werden. Im Zuge des von einem Inhaber von vierprozentiger Investitionsanleihe der Stadt Wien vom Jahre 1902 in Basel anhängig gemachten Prozesses erwirkte dieser die seinerzeit in den Tagesblättern viel besprochene Nachpfändung von Steuerforderungen der Gemeinde Wien gegen wohnbausteuerpflichtige Personen, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben. Die Aufsichtsbehörde über das Betreibungs- und Konkursamt des Kantons Basel-Stadt hat vorerst eine Aeusserung der Landesregierung Wien über die Frage eingeholt, ob diese Steuern ohne Verletzung öffentlicher Interessen gepfändet werden können, und nach Einlangen dieser Aeusserung die Entscheidung dahin gefällt, dass die Pfändung aufgehoben wird. In den Entscheidungsgründen wird hervorgehoben: Paragraph 15 der österreichischen Exekutionsordnung sieht die Zwangsvollstreckung gegen Gemeinde nur vor "in Ansehung solcher Vermögensbestandteile, die ohne Beeinträchtigung der durch die Gemeinde zu wahren öffentlichen Interessen zur Befriedigung der Gläubiger verwendet werden können". Darüber, ob eine Exekution die öffentlichen Interessen verletzen würde, können nicht die schweizerischen Betreibungsbehörden nach ihrem Ermessen entscheiden, sondern darüber bestimmt eine bindende Erklärung der staatlichen Verwaltungsbehörden (Paragraph 15, letzter Satz). Diese Erklärung liegt vor und zwar im Sinne der Unpfändbarkeit der Wohnbausteuer. Damit ist der viel besprochene Versuch des Klägers, Steuerforderungen der Gemeinde Wien zur Deckung der Ansprüche aus der 1902er Anleihe heranzuziehen, gescheitert.

.....
Beisetzung der Aschenreste Georg Schmiedls. Wie bekannt, ist am 24. Februar dieses Jahres der städtische Oberlehrer und pädagogische Schriftsteller Georg Schmiedl gestorben. Auf Verfügung des Bürgermeisters hat die Stadt Wien zur Bestattung der Urne mit den Aschenresten des Verstorbenen eine Nische in den linksseitigen Arkaden des Ehrenhofes im Wiener Krematorium gewidmet. Der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen hat nunmehr in seiner letzten Sitzung die Verfügung des Bürgermeisters genehmigt.

.....
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Gemeinderat hält am Freitag um 17 Uhr Sitzung.

.....

Ueber 120.000 Schulkinder in Wien. Im Schuljahr 1927/1928 besuchten 120.063 Schüler und Schülerinnen die Volks-, Haupt- und Bürgerschulen Wiens. Davon waren 59.587 Knaben und 60.476 Mädchen. Die Gesamtschülerzahl ist gegenüber 1926 um 2.513 gestiegen, gegenüber 1925 um 726 und 1924 um 8.052 gefallen. Der schülerreichste Bezirk war Favoriten mit 5.961 Knaben und 5.662 Mädchen, insgesamt 11.623 Kindern. An nächster Stelle steht Ottakring mit 11.381 Schulkindern. Dann folgen die Leopoldstadt mit 9.585, Hietzing mit 9.056 und an fünfter Stelle steht schliesslich Floridsdorf mit 8.557 Schulkindern. Die wenigsten Schüler weist mit 1.041 die Innere Stadt auf. Die meisten Schulkinder besuchten die Volksschulen. Diese zählte im Berichtsjahr 71.993 Schüler und Schülerinnen. In die Bürgerschule gingen 34.341 und in die Hauptschule 13.729 Schulkinder. Ausser den Volks-, Bürger- und Hauptschulen hatten noch 11 Hilfsschulen für Schwachbefähigte, 2 Sonderschulen für Schwerhörige, eine Sonderschule für Taubstumme, 35 Hilfsklassen für Schwachbefähigte, 16 Sonderklassen für Sprachkranke und schliesslich 3 Sonderklassen für Sehschwache insgesamt 2.776 Schüler und Schülerinnen. Von diesen waren 1.745 schwachbefähigt, 190 sprachkrank, 119 schwerhörig, 85 taubstumm und 37 sehschwach. Wie die Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien weiter melden, wurden im Berichtsjahr 1.398 Volksschüler in tschechischer Sprache unterrichtet.

Neue Einbahnstrassen. Im Interesse der raschen Abwicklung des Verkehrs hat der Magistrat die Kurrentgasse, die Parisergasse, den engen Teil des Schulhofes und die Steindlgasse als Einbahnstrassen erklärt. Die Kurrentgasse darf nur in der Richtung gegen den Judenplatz, die Parisergasse und der enge Teil des Schulhofes nur gegen die Seitzergasse und die Steindlgasse nur von den Tuchlauben gegen die Seitzergasse befahren werden. Der Verkehr von Lastkraftwagen mit über mehr als drei Tonnen Nutzlast und von sonstigem Schwerfuhrwerk ist ebenso wie jede Wagenaufstellung in den Einbahnstrassen verboten.

Linienkürzung beim 59er Wagen. Von morgen, Sonntag an verkehren die Züge der Linie 59 an Sonntagen nicht mehr bis zum Neuen Markt, sondern nur bis Opernring, Gleisschleife um den Heinrichshof.

Strombad Aspernbrücke. Nach einer Mitteilung der städtischen Bäderverwaltung wird das städtische Strombad "Aspernbrücke" bereits übermorgen Montag eröffnet. Das Bad wurde heuer wesentlich vergrössert und verfügt nunmehr über 600 Umkleidestellen. In der vorigen Badesaison wurde es von 82.696 Gästen besucht.

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12, spricht morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags bei freiem Eintritt Ingenieur Chameides über "Elektrizitätswirtschaft einer Grosstadt".

Wien, am Montag, den 6. Mai 1929

Erste Ausgabe.

Goldene Hochzeiter. Die Ehepaare Jakob und Marie Bastl, Josef und Rosalie Diem, Anton und Eleonore Staudner, Josef und Anna Wawra und Ferdinand und Theresia Zottl feierten dieser Tage das Fest ihrer goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Richter den Jubelpaaren die Ehrengabe der Stadt Wien.

Ueber 60.000 Schilling Sammeltagergebnis der Kinderrettungswoche. Bekanntlich wurde die vergangene Woche vom Wiener Jugendhilfswerk die Kinderrettungswoche abgehalten und am Samstag und Sonntag eine Strassensammlung durchgeführt. Diese ergab einen Ertrag von über 60.000 Schilling. Dieses Ergebnis ist um 7000 Schilling besser als im Vorjahr. Soweit die Ergebnisse bis jetzt vorliegen, wurden in den einzelnen Bezirken folgende Beträge gesammelt: In Meidling 7500 Schilling, in der Inneren Stadt 4900 Schilling, auf dem Alsergrund 4700 Schilling, in Hernals 4200 Schilling, in Währing 3700 Schilling, auf dem Neubau 3500 Schilling, in der Leopoldstadt und Brigittenau je 3300 Schilling, auf der Landstrasse 3100 Schilling, in Ottakring 2800 Schilling, in Margareten 2700 Schilling, in Hietzing 2600 Schilling, in Favoriten 2500 Schilling, in Döbling 2300 Schilling und in Fünfhaus und Mariahilf je 2100 Schilling. Da die Häusersammlung erfahrungsgemäss den doppelten Ertrag liefert, so dürfte das Endergebnis der Kinderrettungswoche rund 200.000 Schilling betragen.

Hauspersonalabgabe auch bei getrennten Haushalten. Am 3. Mai fand vor dem Verwaltungsgerichtshof die Verhandlung über mehrere Beschwerden gegen die Vorschreibung der Hauspersonalabgabe für das zweite Halbjahr 1926, 1927 und 1928 statt. Die Beschwerden bekämpften die Entscheidungen der Abgabenbeschwerdenkommission insoweit, als die Abgabe für die drei Halbjahre für zwei getrennte Haushalte vorgeschrieben wurde, deren einer in Wien und der zweite in Urgersbach geführt wurde. Die Beschwerden wurden als unbegründet abgewiesen. In der Begründung führte der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes aus, dass es sich in allen Beschwerdefällen um eine bloss vorübergehende Abwesenheit des Beschwerdeführers mit seinem Hausstande gehandelt habe, durch die im Sinne des Paragraph 1, Absatz 6, des Hauspersonalabgabegesetzes die Abgabepflicht nicht berührt werde. Die Auffassung des Beschwerdeführers, dass zwei getrennte Haushalte vorliegen, und zwar sein eigener in Wien und der von seiner Gattin geführte Haushalt in Urgersbach, treffe nicht zu. Da die Ehe des Beschwerdeführers weder getrennt noch geschieden sei, müsse der Haushalt in Urgersbach, dem die Gattin des Beschwerdeführers vorstehe, als Teil des Wiener Haushaltes (des Beschwerdeführers) betrachtet werden.

.....
Ablenkung der Bahnhofrundlinie. Wegen Gleisarbeiten wird der Bahnhofrundverkehr in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch, von Mittwoch auf Donnerstag, von Donnerstag auf Freitag und von Freitag auf Samstag in beiden Fahrtrichtungen vom Praterstern über die Praterstrasse, Schwedenbrücke, Kai, Schottenring, Lichtensteinstrasse zur Nussdorferstrasse und von der Invalidenstrasse über die Wollzeile, Ring, Kai, Schwedenbrücke, Praterstrasse zum Praterstern abgelenkt.

.....
Gemeindehilfe für Volksbildung und Wissenschaft. Der städtische Finanzausschuss hielt heute Montag Sitzung, in der er unter anderem auch eine Reihe von Gemeindesubventionen beschloss. So erhält Robert Kronfeld, der erste Wiener, der auf dem Gebiete des Segelfluges Hervorragendes geleistet hat, zur Unterstützung seiner Forschungen eine Subvention von 6000 Schilling. Kronfelds neuestes Segelflugzeug ist das derzeit modernste und hochwertigste der Welt. Die Anschaffungskosten allein betragen 4000 Reichsmark. Das Komitee zur Veranstaltung von Gastvorträgen ausländischer Gelehrter der exakten Wissenschaften und der Verein Abstinenter Frauen in Wien werden mit je 2000 Schilling subventioniert. Die bisher durch das genannte Komitee durchgeführten Vorträge haben ganz ausserordentliche Erfolge erzielt und wiesen Besucherzahlen auf, wie sie bei wissenschaftlichen Vorträgen in Wien kaum je noch wahrgenommen werden konnten. Eine Subvention von je 1500 Schilling erhalten der akademische Verein Wiener Philosophen (Arbeitsgemeinschaft der Fachvereine an der philosophischen Fakultät) und die Vereinigung Wiener Mediziner. Die Zoologisch-Botanische Gesellschaft wurde mit 1000 Schilling subventioniert. Die Wiener Frauenakademie und Schule für freie und angewandte Kunst erhält eine Subvention von 600 Schilling. Mit je 500 Schilling werden die Landesgruppe Wien des Bundes erhaltungsamer Erzieher Oesterreichs und der Verein für Jugendberatung subventioniert. Schliesslich beschloss der städtische Finanzausschuss für die Bäuerliche Fortbildungsschule in Weixelboden eine Subvention von 250 Schilling.

.....
Amerikanische Gäste in Wien. Anlässlich des Besuchs der Floating University in Wien veranstaltete heute nachmittags die Wiener Stadtverwaltung auf dem Cobenzl einen Empfang, in dessen Verlaufe in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler die Gäste in Wien herzlich willkommen hiess. An dem Empfang nahmen unter anderem teil: Vizebürgermeister Hoss, Stadtschulrat Präsident Glöckel, die amtsführenden Stadträte Kokrdá und Richter, Lady Washburn, Rektor Dr. Innitzer, Vizekanzler a. R. Breisky, Landtagspräsident Hellmann, Stadtrat Rummelhardt, der Präsident der Geographischen Gesellschaft Professor Oberhammer und Konsul Hurley.

Wien, am Montag, den 6. Mai 1929 Dritte Ausgabe

.....
Aufmarschverbot für Wien. Mit Rücksicht auf die Vorkommnisse bei Aufmärschen in der letzten Zeit hat Bürgermeister Seitz als Landeshauptmann der Bundespolizeidirektion in Wien die nachstehende Weisung gegeben:

"In der letzten Zeit haben sich in vielen Orten Oesterreichs, so in Andritz, Maresin, Kapfenberg und Leobersdorf anlässlich von Aufmärschen arge Ruhestörungen ereignet, die sogar von der Verletzung von Menschen begleitet waren. Wenn derartige Vorkommnisse auf die Grosstadt Wien übergriffen, so würde dies zu ganz unabsehbaren Konsequenzen führen, ja zu schwerer Gefährdung von Menschenleben und zu empfindlichen Störungen des Wirtschaftslebens der Grosstadt und des Fremdenverkehrs, die bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage unerträglich wären.

Um eine solche Gefährdung hintanzuhalten, gebe ich als Landeshauptmann mit sofortiger Wirksamkeit die Weisung, bis auf weiteres alle Aufmärsche uniformierter Selbstschutzverbände ("Selbstschutz Wien", "Heimatschutzverband Wien", "Wiener Wehrverband", "Wiener Heimwehr", "Oesterreichische Frontkämpfervereinigung", "Republikanischer Schutzbund", "Christliche Arbeiter-Heimwehr", "Wiener Arbeiterwehr" und dergleichen) in militärischer Ordnung unter freiem Himmel gemäss Paragraph 6 des Versammlungsgesetzes zu untersagen.

Auf die in Paragraph 5 des Versammlungsgesetzes bezeichneten volkstümlichen Feste oder Aufzüge, Prozessionen und so weiter, erstreckt sich diese Weisung selbstverständlich nicht."

.....

.....

Subventionen der Gemeinde Wien. Ausser den bereits gestern gemeldeten Subventionen hat der städtische Finanzausschuss am Montag noch eine Reihe anderer Subventionen beschlossen. Der Oesterreichisch deutsche Volksbund Wien wurde mit 12.000 Schilling subventioniert. Die Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft erhält eine Subvention von 7500 Schilling, der Verein Carnuntum ~~eine~~ **solche** von 1200 Schilling und eine ausserordentliche Subvention von **1000 Schilling**. Der Verein Künstlerheim erhält eine Subvention von ebenfalls 1000 Schilling. Der Verein Hilfsschule, Berufshilfe und Fürsorge für Schulentlassene, wurde mit 500 Schilling subventioniert, die Freiwillige Feuerwehr Ybbs a. d. Donau mit 300 Schilling. Schliesslich hat der städtische Finanzausschuss für die Frühjahrsausstellung des Künstlerbundes Hagen einen Ehrenpreis von 500 Schilling gewidmet.

.....

Das Aufmarschverbot in Wien. In der heutigen Stadtsenatssitzung stellte Stadtrat Rummelhardt an den Bürgermeister eine Anfrage betreffend das vom Landeshauptmann erlassene Verbot der Aufmärsche von Selbstschutzverbänden. Bürgermeister Seitz erwiderte, dass dieser Gegenstand in die Kompetenz des Landeshauptmannes, ~~aber~~ nicht in die der Landesregierung falle und daher für eine Erörterung in der Sitzung der Landesregierung nicht geeignet sei.

.....

Segelflugzeug "Wien". Wie schon gemeldet, hat am Montag der städtische Finanzausschuss dem Segelflieger Robert Kronfeld zur Förderung seiner Forschungen eine Subvention von 6000 Schilling bewilligt. Der Segelflieger Kronfeld ist der erste Wiener, ~~der~~ **auf** dem Gebiete des Segelfluges Hervorragendes geleistet hat. Er begann seine Laufbahn in der Rhön-Rossitten-Gesellschaft. Der erst 24 Jahre alte Flieger wurde insbesondere durch seine gelungenen Flüge auf der Rax und am Kahlenberg bekannt. Sein neuestes Segelflugzeug ist das derzeit modernste und hochwertigste der Welt. Die Anschaffungskosten betragen 4000 Reichsmark. Das Flugzeug, das eine Spannweite von 19 Meter hat, übertrifft schon in der technischen Durchführung alle anderen Maschinen. Das Segelflugzeug wird den Namen "Wien" führen.

.....

Einlagezüge zur Rotunde. In Hinkunft werden ^{der Strassenbahn} Einlagezüge, die über die Ausstellstrasse zur Rotunde geführt werden, die Linienbezeichnung 121 führen.

.....

Wien, am Dienstag, den 7. Mai 1927

Zweite Ausgabe

Geistesgegenwärtige Gemeindegewächsmänner. Vor einigen Tagen ereignete sich in der Gredlergasse ein Autounfall, wobei durch die Geistesgegenwart zweier Gemeindegewächsmänner ein noch grösseres Unglück verhindert worden ist. Ein Chauffeur fuhr mit einem Monosdreirad durch die Gredlerstrasse, als ein plötzlich auftretender starker Windstoss den Verschlussdeckel des Dreirades losriss, der dem dahinter sitzenden Chauffeur auf den Kopf fiel. Durch die Wucht des Schlages wurde dieser bewusstlos, sodass der Monoswagen einige Meter führerlos weiter raste. Zwei Gemeindegewächsmänner, die den Vorfall von der Plattform eines vorbeifahrenden Strassenbahnzuges beobachteten, sprangen sofort von der Strassenbahn ab und brachten mit Hilfe eines ebenfalls zu Hilfe eilenden Chauffeurs das Monosdreirad zum Stehen. Der verunglückte Chauffeur wurde von der Rettungsgesellschaft in das Arbeiterunfallspital überführt. Die beiden Gemeindegewächsmänner haben durch das Aufhalten des dahinrasenden Monoswagens in der belebten Strasse ein schweres Unglück verhindert.

Am Christi Himmelfahrtstag Werktagstarif auf der Strassenbahn und Stadtbahn.

Nach einer Mitteilung der städtischen Strassenbahndirektion gilt am Christi-Himmelfahrtstag auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Werktagstarif. Es haben daher die Frühfahrtscheine, Wochenkarten, Fürsorgefahrtscheine und Arbeitslosefahrtscheine Gültigkeit. Die Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten können für die Rückfahrt schon von 11 Uhr vormittags an verwendet werden. Schüleranweisungen hingegen sind am Christi-Himmelfahrtstag ungültig.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Die Modernisierung der Strassenbeleuchtung wird von der Gemeinde ununterbrochen fortgesetzt. So werden in der nächsten Zeit in Mariahilf die Wallgasse, Meravigliagasse, Eisvogelgasse und Grennergasse, die Laimgrubengasse, Bienengasse, Fillgradergasse und Köstlergasse, in Hietzing die Mitisgasse, Heinrich Collingasse, Moosbachergasse, in der Brigittenau die Spaungasse, Denisgasse, Romanogasse, Hirschvogelgasse, Othmargasse, Klukygassee, Webergasse, Gerhardusgasse und Hannovergasse und schliesslich in Floridsdorf einige Strassenzüge bei der Siedlung Neustrassacker mit der elektrischen Beleuchtung ausgestattet.

Bezirksvertretung Margareten. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Margareten findet am Montag, den 13. Mai, um 17 Uhr statt.

Die Gartenstadt Wien.

Bedeutender Ausbau der städtischen Gärten-Ihre Gesamtfläche schon grösser als Mariahilf und Josefstadt zusammen-60.000 Alleebäume- 11.200 Gartenbänke.

Nicht mit Unrecht geniesst Wien den Ruf einer der sehenswertesten Gartenstädte Europas. Nicht nur die einzig schöne landschaftliche Umgebung stellt Wien in die erste Reihe der Gartenstädte, es sind auch seine inmitten des Häusermeeres eingebetteten Gärten und Parkanlagen, die im farbenprächtigsten Blütenschmuck des Wienerwaldes, der Donauauen und das Marchfeldes insbesondere bei den Fremden das grösste Interesse finden. Im Rahmen der Wiener Stadtverwaltung wird daher auch der Pflege der städtischen Gartenanlagen ihre besondere Sorgfalt zugewendet. So sind im Budget für das laufende Jahr nicht weniger als eine Million Schilling für die Erfordernisse des Gartenwesens und dessen Ausgestaltung bereitgestellt.

Die Wartung der Gartenanlagen obliegt dem dem amtsführenden Stadtrat Karl Richter unterstehenden städtischen Garteninspektorat, das gegen 300 ständige und vom Frühjahr bis zum Herbst über die noch gegen 400 Saisonarbeiter beschäftigt. Der Ausbau, den die städtischen Gärten in den letzten Jahren erfahren haben, ist ein überaus bemerkenswerter. Während vor 1918 alle Wiener städtischen Gärten eine Gesamtfläche von 191 Hektar hatten, ist diese heute schon bedeutend grösser. Sie beträgt nicht weniger als 264 Hektar und ist grösser als die Josefstadt und Mariahilf zusammen. Der Zuwachs macht rund 73 Hektar aus, wobei die vielen grossen Gärten in den städtischen Wohnhausanlagen nicht eingerechnet sind. Diese sind insgesamt etwa 15 Hektar gross.

Von den in den letzten Jahren angelegten neuen Gartenanlagen sind insbesondere zu erwähnen: der Kongresspark in Ottakring, der Märzpark in Fünfhaus, der Hartäckerpark und der Strauss-Lannerpark in Döbling und schliesslich der Wasserpark in Floridsdorf, der wegen der Eigenartigkeit seiner Anlage eine Wiener Sehenswürdigkeit ist. Auch heuer ist die Errichtung einer Anzahl grösserer und kleinerer Anlagen vorgesehen. So wird in Simmering der Herderpark fertiggestellt, wo ausreichende Sitzgelegenheiten, Ruheplätze, Spielwiesen und ein Kinderfreibad zu finden sein werden. Auf dem ehemaligen Steinlagerplatz in der Leopoldstadt wird ebenfalls ein grösserer Park angelegt. Eine gärtnerische Ausgestaltung erfährt auch die Fläche an der Einmündung des Wienflusses in den Donaukanal. Ansonsten werden noch grössere Anlagen in und um die städtischen Wohnbauten Am Wienerberg, Hagenwiese und Jedleseerstrasse geschaffen. Auch sind in der Landgutgasse in Favoriten, in Meidling auf dem

Dorfmeisterplatz und in der Brigittenau in der Winarskystrasse neue Baumpflanzungen vorgesehen. Damit werden heuer rund 60.000 Alleeebäume in Wien gepflanzt sein.

Die Zahl der Gartenbänke wurde in den letzten Jahren ebenfalls bedeutend vermehrt. Während 1919 nur 6851 Bänke vorhanden waren, werden heuer in den städtischen Gartenanlagen 10.766 aufgestellt sein.

Die Blatternfälle in England.

Ein Aufruf des städtischen Gesundheitsamtes.

Im Hinblick auf die Blatternfälle in England erlässt das Gesundheitsamt der Stadt Wien folgenden Aufruf:

An die Bevölkerung Wiens!

Zeitungsnachrichten zufolge sind in England echte Blattern in grösserer Zahl aufgetreten. Auch in Laibach wurde bereits ein Blatternfall gemeldet. Eine Einschleppung dieser Krankheit ist daher möglich. Den einzigen, verlässlichen Schutz gegen Blattern bietet eine rechtzeitig vorgenommene Schutzimpfung mit Kuhpocken. Diese behält erfahrungsgemäss jedoch nur durch sechs Jahre ihre Wirksamkeit. Da seit dem Auftreten der letzten Blatternfälle in Wien im Jahre 1915 bereits 14 Jahre vergangen sind und seither sich nur eine verhältnismässig geringe Zahl von Personen der Impfung, beziehungsweise Wiederimpfung unterzogen hat, befindet sich ein grosser Teil der Bevölkerung Wiens derzeit nicht im Impfschutz.

Wenn auch gegenwärtig gar kein Anlass zu einer Beunruhigung gegeben ist, empfiehlt es sich trotzdem, dass alle jene Kinder und erwachsenen Personen, die entweder noch nicht geimpft sind oder seit mehr als 6 Jahren nicht wieder geimpft wurden, sich der Impfung, beziehungsweise Wiederimpfung ehestens unterziehen. Bei Kindern ist es am zweckmässigsten, sie bereits im ersten oder zweiten Lebensjahr impfen zu lassen.

Ausser bei allen praktischen Aerzten, die Schutzpockenimpfungen vornehmen, stehen zur Durchführung der allgemeinen öffentlichen Impfung folgende Impfstationen unentgeltlich zur Verfügung: Für Erwachsene und Kinder die Impfstoffgewinnungsanstalt (XVI, Possingergasse 38, Dienstag und Donnerstag von 15 bis 16 Uhr) ^{und} die Amtsräume der städtischen Bezirksärzte in allen magistratischen Bezirksämtern zu den dort verlautbarten Impfstunden; für Kinder ausserdem noch die Ambulatorien in den Kinderspielflächen zur Ordinationszeit und alle öffentlichen und privaten Mutterberatungsstellen während der ärztlichen Sprechstunden.

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau" I., Parkring 12, findet morgen Donnerstag um 18 Uhr bei freiem Eintritt eine Führung statt.

Wien, am Mittwoch, den 8. Mai 1929

Zweite Ausgabe

.....

Neue städtische Wohnhausbauten. Am Mittwoch hielt der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen Sitzung, in der die Entwürfe für eine Reihe von städtischen Wohnhausanlagen genehmigt wurden. So hat Architekt Ingenieur H. Würtzl die Pläne für eine Wohnhausanlage in der Triesterstrasse entworfen. Der Bau wird 41 Wohnungen von verschiedener Grösse enthalten. Eine grosse Wohnhausanlage wird in Hietzing in der Onno Klopfgasse- Cumberlandstrasse- Rupertgasse errichtet. Der Bauentwurf stammt vom Architekten Karl Badstieber. Der Bau wird 101 Wohnungen, 3 Geschäftslokale und zwei Werkstätten enthalten. Die Magistratsabteilung 22 hat den Bauentwurf für eine Wohnhausanlage auf der Rossauerlände ausgearbeitet. In dieser Anlage sind 95 Wohnungen, 2 Geschäftslokale und Räumlichkeiten für ein Jugendheim vorgesehen. Die Baukosten für diese 3 Neubauten werden sich voraussichtlich auf 3'7 Millionen Schilling belaufen.

.....

Starke Zunahme der Personenautomobile. In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind in Wien 917 Personenauto neu eingestellt worden. Am 31. Dezember 1928 standen beim Magistrat 5441 Privatautomobile in Evidenz. Am 30. April dieses Jahres waren es 6358. Die Anzahl der Autotaxi, der Stadtlohnauto und der Elektromobile weist keine nennenswerte Veränderung auf. Gegenüber dem Stand vor dem Ausbruch des Krieges hat sich die Zahl der Privatauto in Wien vervierfacht. Der seit Jahren zu verzeichnende Prozess des Verschwindens der Pferde aus der Grosstadt macht unausgesetzt weitere Fortschritte. Es drückt sich dies sinnfällig im Steigen der Lastautomobile aus, von denen am 30. April 6487 gezählt wurden, während der Stand zu Jahresende 6092 gewesen ist.

.....

Das Bürgerrecht für Richard Waldemar. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat dem Gemeinderat den Antrag auf Verleihung des Bürgerrechtes an den Wiener Schauspieler Richard Waldemar unterbreitet. Die Ehrung erfolgt aus Anlass der Vollendung des 60. Lebensjahres in Würdigung der grossen Verdienste, die sich Waldemar auf künstlerischem und caritativem Gebiet erworben hat. Der Antrag wird nunmehr dem Gemeinderat vorgelegt.

.....

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Die Kanalräumungsgebühren für Mai sind unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses für August 1914, beziehungsweise des Monatszinses, der der Berechnung der Wohnbausteuer zugrundegelegt worden ist.

.....

Wien, am Freitag, den 10. Mai 1929

.....

Die neue Bauordnung für Wien. Wie schon berichtet, hat der Wiener Landtag zur Vorberatung der neuen Bauordnung eine Kommission von 12 Mitgliedern gewählt. In diese Kommission wurden die Landtagsabgeordneten Bermann, Bock, Böhm, Dr. Danneberg, Hellmann, Linder, Reismann, Schleifer, Biber, Dr. Kolassa, Millik und Dr. Wagner entsendet. Vorsitzender der Kommission ist der Präsident des Wiener Landtages Dr. Danneberg. In Vertretung des Bürgermeisters nimmt an den Beratungen amtsführender Stadtrat Weber teil. In ihrer konstituierenden Sitzung hat die Kommission die Abhaltung einer Enquete beschlossen, die heute vormittags im Sitzungssaale des Wiener Stadtsenates ihren Anfang nahm. In Vertretung des amtsführenden Stadtrates Linder, der sich in Spitalspflege befindet, nahm amtsführender Stadtrat Richter teil. Ferner waren erschienen Vizebürgermeister Hoss, amtsführender Stadtrat Breitner und Stadtrat Alma Motzko. Ferner haben zur Enquete die Bundesministerien für Handel und Verkehr und für soziale Verwaltung, die Architektenvereinigung "Wiener Bauhütte", der Gehilfenausschuss der Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister, die Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister, die Genossenschaft der Zimmermeister, die Oesterreichische Gesellschaft für Volksgesundheit, das Gremium der Sachverständigen (Abteilung für Bauwesen), die Ingenieurkammer für Burgenland, Niederösterreich und Wien, die Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien, die Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien, die Mietervereinigung Oesterreichs, der Oesterreichische Betonverein, die Oesterreichische Gesellschaft für Bodenreform, die Oesterreichische Gesellschaft für Städtebau, der Oesterreichische Ingenieur- und Architektenverein, der Oesterreichische Verband für Wohnungsreform, die Oesterreichische Land- und Forstwirtschaftsgesellschaft, die Rechtsanwaltskammer, der Reichsbund der Haus- und Grundbesitzer Oesterreichs, die Vereinigung deutscher christlicher Mieter Oesterreichs, der Wiener Gewerbe-Genossenschaftsverband, der Zentralverband der Hausbesitzervereine in Wien und schliesslich die Zentralvereinigung der Architekten Oesterreichs Vertreter entsendet. Die Besprechung wird nach folgenden Punkten abgeführt: 1.) Flächenwidmungs- und Bauungspläne, Änderungen von Liegenschaftsgrenzen (Abteilungen-Umlegungen-Grenzberichtigungen), Enteignungen, andere Eigentumsbeschränkungen und Entschädigungen; 2.) Anliegerbeiträge; 3.) Bauliche Ausnützbarkeit der Bauplätze und Vorschriften, die vornehmlich dem Schutze der Gesundheit dienen; 4.) Vorschriften, die hauptsächlich die Konstruktion betreffen, und Bestimmungen über besondere Arten von Bauanlagen; 5.) Formelle Erfordernisse der Bauvorhaben (Baubewilligung-Anzeige), Vorschriften betreffend die Aus-

führung und Erhaltung der Bauten, Ersichtlichmachung von Verpflichtungen im Grundbuch, Behörden und Uebergangsbestimmungen. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Präsident Dr. Danneberg werden zunächst die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne und abschliessend die Aenderungen von Liegenschaftsgrenzen, Enteignungen, andere Eigentumsbeschränkungen und Entschädigungen besprochen. Dazu spricht zunächst Oberbaurat Ingenieur Engelmann. Er erklärt, dass die Hausbesitzer Wiens bereit seien, im Interesse der Oeffentlichkeit, des Verkehrs und der Volkswirtschaft Opfer zu bringen. Es ist nur zu begrüßen, dass die alte Bauordnung einer gründlichen Umarbeitung unterzogen wird. Die neue Bauordnung darf jedoch keine Entwertung von Grund und Boden bringen, sie darf kein Rückschritt sein, sondern sie muss vielmehr für eine gesunde Entwicklung der Grund- und Bodenpreise sorgen. Die besonderen Bestimmungen über die Masseverteilung, wie sie für die neue Bauordnung vorgesehen sind, bedeuten einen schweren Eingriff in das Besitzrecht. Enteignungen für Verkehrsflächen sollen nur in jenen Fällen durchgeführt werden, in denen ein Verkehrsinteresse nachgewiesen wird. Was die Frage der Entschädigungsgrundsätze für Beschränkungen und Entziehungen des Eigentums anlangt, dürfen diese nicht dem freien Ermessen überantwortet werden. Dr. Kantor (Rechtsanwaltskammer) präzisiert seine Stellungnahme dahingehend, dass das Privatinteresse zugunsten der Allgemeinheit grosse Einschränkungen in Kauf nehmen muss. Es ist sehr zu begrüßen, dass sich die neue Bauordnung dem deutschen Städtebaurecht angliedert. Die rechtliche Konstruktion jedoch stellt schwerwiegende Eingriffe in das Verfügungsrecht des Einzelnen dar. Bei der Besprechung der Festsetzung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne erklärt Dr. Kantor, dass die Widmung eines Gebietes als Parkschutzgebiet praktisch eine Bausperre darstellt. Wenn die neue Bauordnung vorsieht, für jede Abtretung von Privateigentum grundsätzlich eine Entschädigung zu leisten, müssen auch entsprechende vermögensrechtliche Verfügungen getroffen werden. An Stelle der Parzellen sollen jetzt die Abteilungen treten. Der Begriff dieser ist aber derart, dass er weit über das hinausgeht, was man eigentlich darunter versteht. Bei der Besprechung der Bauverbote erklärt Dr. Kantor, dass die Bestimmung, dass ein Bauplatz auch mit dem Bauverbot belegt werden kann, wenn der Gemeinderat beschliesst, dass an neuen Verkehrsflächen gelegene Bauplätze erst nach Fertigstellung der Verkehrsflächen oder wenigstens nach Herstellung der öffentlichen unterirdischen Einbauten bebaut werden dürfen, einer ewigen Bausperre gädichkommt. Es muss daher eine Entscheidungspflicht des Gemeinderates statuiert werden. Bei den Assanierungen muss ebenfalls der schon vom Vorredner gewünschte Fachbeirat gehört werden. Im Enteignungsverfahren ist darauf zu achten, dass die Partei auch belehrt werde, welche Rechte ihr auch ausserhalb des administrativen Verfahrens zu-

stehen. Kammerrat Ingenieur Magyar von der Ingenieurkammer für Burgenland, Niederösterreich und Wien erklärt, dass mit der neuen Bauordnung ein dringendes Bedürfnis der Öffentlichkeit gestillt werde. Es wird aber notwendig sein, eine Reihe von Gesetzen, wie zum Beispiel das Grundbuchgesetz, das Gesetz über die Wertzuwachsabgabe, das Immobiliargebührengesetz und das Gesetz über den Grundsteuerkataster, im Zusammenhang mit der neuen Bauordnung novelliert werden. Auch müsste die Bauordnung für das Land Niederösterreich geregelt werden. Der Redner wünscht die sofortige Herstellung der Flächenwidmungspläne, die alle zehn Jahre zu revidieren wären. Für die Stadtplanung müsse unbedingt ein Fachbeirat geschaffen werden. Die Bausperre soll im merito nicht bestritten werden; sie wäre aber nur auf ein Jahr festzusetzen und dürfte auch nur um ein weiteres Jahr verlängert werden. Die Aenderung der Liegenschaftsgrenzen, wie sie im Entwurf vorgesehen ist, bedeutet eine grosse Erschwerung. Die Grundabtretungsverpflichtung soll auf 12 Meter eingeschränkt werden. Für die Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister nimmt Ingenieur Sommerlatte das Wort. Er ist der Meinung, dass die Bausperre auf das allernotwendigste beschränkt werden soll, und wendet sich gegen alle jene Vorschriften, die eine Unsicherheit im Grundverkehr hervorrufen. Es soll vor allem das freie Ermessen ausgeschaltet werden. Auch dieser Redner wünscht die Schaffung eines Fachbeirates. Als nächster Redner nimmt Kammerrat Gerhold von der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie zum Entwurf der neuen Bauordnung Stellung. Die Kammer habe den Entwurf einem eingehenden Studium unterzogen. Es erweise sich eine Reihe von Abänderungsanträgen für notwendig, die der Kommission in dem schriftlichen Gutachten der Kammer vorgeschlagen werden. Die Kammer habe den Entwurf vom gesamtwirtschaftlichen und technischen Standpunkt aus begutachtet. Auch dieser Redner hebt hervor, dass das freie Ermessen ausgeschaltet werden soll. Es müssen Rechte und Pflichten geschaffen werden, um eine klare Sicht zu bekommen. Der Redner wünscht ebenfalls die Schaffung eines Fachbeirates für die Stadtplanung, der den Standpunkt der Öffentlichkeit vertreten soll. Für den Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein spricht Oberse-natsrat i. R. Ingenieur Voit. Wie es schon einen Zollbeirat, einen Landessanitätsrat und so weiter gibt, soll auch im Rahmen der neuen Bauordnung ein Fachbeirat geschaffen werden, der aus Wissenschaftlern und Fachleuten aus der Praxis zu bestehen hätte. Gemeinderat Dr. Hengl spricht für die Oesterreichische Land- und Forstwirtschaftsgesellschaft. Er hebt gegen den Entwurf schwere Bedenken. Die Landwirte und Pächter werden auf das schwerste gefährdet. Dem freien Ermessen ist ein grosser Spielraum eingeräumt. Auch er wünscht die Schaffung eines Fachbeirates, dem auch ein gewisses Vetorecht eingeräumt werden soll. Die Grundabtretungen bei Abteilungen sowie diese selbst gehören ins Zi-

vilrecht, sie sind eine schwere Behinderung der privaten Bautätigkeit. Der Umlegungsausschuss ist keine objektive Behörde; in ihm müssen auch Vertreter der Grund- und Hausbesitzer Sitz und Stimme erhalten. Enteignungen sind nur dann durchzuführen, wenn auf einen anderen Weg das gesteckte Ziel nicht erreicht werden kann. Ingenieur Kempler (Ingenieurkammer für Burgenland, Niederösterreich und Wien) wünscht ebenfalls die Schaffung eines Fachbeirates. Für den Reichsbund der Haus- und Grundbesitzer Oesterreichs nimmt Finanzminister a. D. Dr. Leth das Wort. Die Hausbesitzer wünschen eine ruhige Entwicklung der Stadt Wien und die Ausschaltung jedes Spekulantentums. Es muss eine Sicherheit im Rechtsverhältnis vorhanden sein, da ^{auch} damit die Baukosten verringert werden. Das Stadtbild Wiens als solches soll erhalten bleiben. Namens der Zentralvereinigung der Architekten Oesterreichs fordert auch Architekt Jaksch die Schaffung eines Fachbeirates für die Stadtplanung. Die schaffenden Architekten begrüßen den Entwurf der neuen Bauordnung und hoffen, dass er auch bald Gesetz werde. Oberbaurat Ingenieur Hoppe (Gremium der Sachverständigen, Abteilung für Bauwesen) begrüsst den Entwurf auf das lebhafteste. In der neuen Bauordnung dürfen aber keine Unklarheiten vorhanden sein, damit daraus nicht Unsicherheiten entstehen. Dann sprechen noch Kammerat Ingenieur Hirschmann (Ingenieurkammer für Burgenland, Niederösterreich und Wien), Zentraldirektor Ingenieur Korn vom Oesterreichischen Betonverein und endlich namens der Zentralvereinigung der Architekten Oesterreichs Architekt Raschka. Damit ist die Besprechung über die ersten zwei Abschnitte des Entwurfes der neuen Bauordnung abgeschlossen. Die Enquete wird morgen Samstag um halb 10 Uhr vormittags fortgesetzt.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird auf der Landstrasse in der Hainburgerstrasse, in Margareten in der Fendgasse, in Hietzing in der Trautmannsdrfzgasse und Mittermeiergasse und schliesslich in Rudolfsheim in der Fuchsgasse, Largauergasse, Kohlenhofgasse, Gassgasse, Stangelgasse, Zwölfergasse, Leydoltgasse, Lichtgasse und auf dem Friedrichsplatz die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt.

Von den Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Dienstag, den 21. Mai, um 16'30 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Meidling hält ihre nächste Sitzung am Donnerstag, den 23. Mai, um 18 Uhr ab.

Wien, am Freitag den 10. Mai 1929

Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A R

Sitzung vom 10. Mai 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17¹⁵ Uhr.

Ohne Debatte werden genehmigt die Ausführung von Wohnhausanlagen X., Puchsbühmplatz (Kosten 200.000 Schilling) II., Wohlmutstrasse (Kosten 550.000 Schilling), des Bauloses Vder Wohnhausanlage XII., Aichholzgasse (Kosten 500.000 Schilling) der Wohnhausanlagen XIII., in der Siedlung Lainz-Speising (190.000 Schilling) VIII., Schlüsselgasse- Wickenburggasse (1,860.000 Schilling) XXI., Josef Baumanngasse (Kosten 1,080.000 Schilling), XIII., Onno Klöppgasse- Cumberlandstrasse. Rupertgasse (Kosten 1, 620.000 Schilling) und des zweiten Teiles der Wohnhausanlage XII., Hohenbergstrasse (Kosten 3,300.000 Schilling); ferner der Ankauf der Häuser Rochauagasse Nummer 3 und 5, des Grundes III., Pfarrhofgasse und von Liegenschaften an der Hernals'er Hauptstrasse und an der Dunklergasse. Ferner werden folgende Subventionen bewilligt. An die Vereinigung Wiener Mediziner 15.000 S, an den Akademischen Verein Wiener Philosophen 15.000 S, an den Verein Abstinenter Frauen in Wien 2.000 S, an den Verein für Jugendberatung 500 Schilling, an die Landesgruppe Wien des Bundes erhaltensamer Erzieher Oesterreichs 500 Schilling, an die Freiwillige Feuerwehr Ybbs a.d.D. 300 Schilling, an die Wiener Frauenakademie und Schule für freie und angewandte Kunst 600 Schilling, an den Künstlerbund Hagen 500 S, an die Zoologisch botanische Gesellschaft 1000 Schilling, Verein Künstlerheim 1000 Schilling, an das Komitee zur Veranstaltung von Gastvorträgen ausländischer Gelehrter 2000 Schilling, an die Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft 7500 Schilling, an den Verein Carnuntum 2200 Schilling, an den Oesterreichisch deutschen Volksbund 12000 Schilling, an die Bäuerliche Fortbildungsschule Weixelboden 250 Schilling, an den Verein "Hilfsschule" 500 Schilling und für Herrn Robert Kronfeld zur Weiterführung seiner Studien und Forschungen auf dem Gebiete des Segelfluges 6000 Schilling.

St.R.Tandler berichtet über den Antrag betreffend die Errichtung einer Hauptkampfbahn für das Wiener Stadion nach dem Projekte des Oberbauates Schweizer aus Nürnberg mit dem Kostenaufwand von 4,700.000 Schil-

Es ist eine in sich geschlossene Kampfbahn, deren höchste Höhe aussen gemessen 19 Meter betragen wird. Der Bau ist ein Eisenbetonbau. Die Anlage ist so beschaffen, dass sich der Verkehr der Massen ohne Gefahr wird abspielen können. Der Plan des Oberbaurat Schweizer ist ein ganz ausgezeichneter und genügt den Anforderungen des modernen Sports. G

GR. Pfeiffer (E.L.) bemerkt, dass das Projekt für die Hauptkampfbahn ein gutes zu sein scheine. Für das gesamte Stadion ist ein Betrag von 6 Millionen in Aussicht genommen und da die Errichtung der Hauptkampfbahn allein 4,700.000 Schilling kosten wird, so bleiben für alle übrigen Anlagen im ganzen 1,300.000 Schilling übrig, ein Betrag mit dem das Auslangen kaum wird gefunden werden können. Die Masse der Hauptkampfbahn werden ganz gewaltige sein. Die Kampfbahn wird eine Länge von **236** Metern, eine Breite von 194 Metern und eine Höhe von 19 Metern haben. Wir sind auch einverstanden damit, dass eine Zuschauerzahl von 60.000 angenommen wurde, da eine darüberhinausgehende Zuschauerzahl nur sehr selten vorkommt. Die Frage der Ueberdachung des Stadions unter Anlegung der besten Plätze unter der Ueberdachung ist glücklich gelöst. Es ist ein ausserordentlicher Vorteil, dass das Dach freischwebend gemacht wird dadurch und infolge der ansehnlichen Höhe des Stadions wird auch erreicht werden, dass sowohl die Kampfbahn wie der Zuschauerraum windfrei sein wird. Es handelt sich um eine so gewaltige Anlage, dass der sozialdemokratische Sportverein kaum die Rentabilität des Betriebes sichern wird und es wird daher die Verwaltung sehr objektiv aber auch sachgemäss sein müssen. Der leitende Beamte wird nicht nur etwas vom Sport verstehen sondern auch ein tüchtiger Verwaltungsmann sein müssen. Zum Schlusse hebt GR. Pfeiffer noch einmal hervor, dass das Stadion zwar als Kind der sozialdemokratischen Partei gedacht war, dass es aber nur als eine Einrichtung der gesamten Bevölkerung werden können. (Lebhafter Beifall b.d. E.L.)

GR. Prinke. (E.L.) bemerkt, dass sich das gegenwärtige Projekt sehr wesentlich von den Projekten unterscheidet, die vor einigen Monaten vorgelegt worden sind und es ist erfreulich, dass den Einwendungen der Opposition Rechnung getragen worden ist. Nur werden auch bei diesem Projekt die Verkehrsfrage nicht besonders günstig gelöst. Namentlich wird ein Ausbau der Linie 11 nötig sein. Das Projekt hinsichtlich der Grosskampfbahn ist entsprechend und scheint die beste Lösung zu sein. Nur muss man verlangen, dass die Verwaltung des Stadions eine streng objektive sei und dass alle Parteipolitik bei Vergebung des Stadions ausgeschaltet werde. Wenn sich die Majorität an diese Grundsätze hält, wird das Stadion eine vorbildliche Anstalt werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. R. Tandler teilt im Schlussworte mit, dass das Stadion nicht von der

Gemeinde geführt, die Verwaltung wird vielmehr in die Hände eines Kuratoriums gelegt werden.

Der Antrag wird genehmigt.

St.R. Weber berichtet über die Pläne für eine städtische Wohnhausanlage, die auf dem Alsergrund Ecke Rossauerlände und Pramergasse gebaut werden soll. Die Anlage wird 95 Wohnungen und einige Geschäftslokale umfassen. Die Kosten werden auf 1,490.000 Schilling veranschlagt. Die Pläne wurden vom städtischen Bauamt ausgearbeitet,

GR. Daffinger (E.L.) bemängelt, dass die Gemeinde alte Häuser nicht wegen Baufälligkeit demoliert. Die Bewohner solcher Häuser werden durch die Demolierung sehr hart getroffen. Die Gemeinde gebe wohl diesen Familien andere Wohnungen, aber nicht in dem Bezirk, wo sie 20 bis 40 Jahre wohnen, sondern ganz wo anders. Das werde von den Leuten sehr hart empfunden. In der D'Orsaygasse 6 hat die Gemeinde eine grosse Zahl von Familien demoliert, um das Haus zu demolieren, obwohl in derselben Gasse ein Gemeindebau fertig wurde, hat man die Leute in anderen Bezirken untergebracht. Die Zuteilung der Wohnungen in den städtischen Objekten werde überhaupt sehr parteimässig durchgeführt. Es zahlen wohl alle Mieter Wohnbausteuer, Gemeindewohnungen bekommen aber nur Sozialdemokraten. Die Gemeinde möge doch einmal mehr Menschlichkeit an den Tag legen (Beifall bei der E.L.)

St.R. Weber bemerkt, dass es sich bei dem Hause Pramergasse um ein aus der Zeit Maria Theresias stammendes Objekt handle. Die Reparaturen hätten 40.000 bis 50.000 Schilling erfordert und die Demolierung sei daher aus rein ökonomischen Gründen erfolgt. Ganz unrichtig ist es, dass die Gemeinde bei Räumungen unmenschlich vorgeht. Jede Partei und jeder Geschäftsmann wird untergebracht, natürlich kann aber nicht jeder Wunsch nach einer grösseren Wohnung oder nach einem besseren Geschäftslokal erfüllt werden. Uebrigens ist es ein Widerspruch, wenn sich GR. Daffinger in einem Atem darüber beklagt, dass Anhänger seiner Partei in den Gemeindehäusern nicht untergebracht werden, und gleichzeitig über die Qualität der Wohnungen in denselben Gemeindehäusern sich abfällig äussern. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag wird genehmigt.

GR. Kohl berichtet über den Ankauf des Hauses III., Baumgasse 29 durch die Gemeinde Wien.

GR. Zimmerl (E.L.) bemerkt, der Antrag enthalte eine Bestimmung, die vom Gemeinderat unmöglich angenommen werden könne. In der Sitzung seien nur sehr wenig amtsführende Stadträte anwesend und vor allem auch nicht der Magistratsdirektor, der eine Aenderung dieser Bestimmung vorschlagen müsste. Es habe daher keinen Sinn in diesem Stadium die Sache zu

besprechen. Er bittet den Vorsitzenden, das Referat zurückzustellen.

Vorsitzender Hofbauer bemerkt, nach der Geschäftsordnung könne das Referat nur vom Bürgermeister von der Tagesordnung abgesetzt werden.

GR. Zimmerl (E.L.) erwidert hierauf, dass ^{die Verhandlung} der Gegenstand zumindest solange unterbrochen werden müsse, bis der Magistratsdirektor im Hause erschienen sei. Es handelt sich um folgendes: In dem vorliegenden Antrag ist die Bestimmung enthalten, die Verkäuferin erhält zur Zeit der Auszahlung des Kaufpreises vom Kreditverein ein Darlehen von 20.000 Schilling und es werden nun die Konditionen für diesen Kredit genannt. Der Gemeinderat kann nicht beschliessen, dass der Verkäuferin vom Kreditverein ein Darlehen gewährt wird, er kann auch nicht auf die Konditionen des Kreditvereines Einfluss nehmen, er könnte höchstens eine Haftung übernehmen. Der Beschluss wie er hier vorliegt ist ganz unsinnig und kann daher nicht gefasst werden.

St. R. Kokrda bemerkt, der vorliegende Beschluss wolle nichts anderes sagen, als dass unter der Voraussetzung, dass die Verkäuferin einen Kredit vom Kreditverein bekommt, die Gemeinde die Haftung dafür übernimmt. Von einer Einflussnahme auf die Geschäftsführung des Kreditvereines könne keine Rede sein.

GR. Zimmerl (E.L.) bemerkt, St. R. Kokrda hätte Recht, wenn die Frau einen Kredit bereits erhalten hätte, es soll aber beschliessen werden, dass die Frau den Kredit erhält. Das ist nicht möglich (Beifall bei der E.L.)

St. R. Kunschak (E.L.) erklärt, man könne dem Gemeinderat nicht zumuten eine Dummheit und eine Kompetenzüberschreitung zu beschliessen. Der Gemeinderat hat dem Kreditverein nichts dreinzureden, er könnte höchstens eine Garantie übernehmen. Wenn eine andere Formulierung nicht gefunden wird, müsste der Gegenstand zurückgestellt werden (Beifall bei der E.L.)

St. R. Kokrda erklärt, Magistratsdirektor Hartl findet zwar, dass der vorliegende Text des Antrages entspreche, er sei aber bereit, den Wünschen der Opposition entgegenzukommen und schlage daher die Fassung vor: "Die Gemeinde Wien übernimmt für ein beim Kreditverein der Zentralsparkasse aufzunehmendes Darlehen von 20.000 Schilling auf die Dauer von zehn Jahren die Haftung."

Der Antrag wird mit dieser vom Stadtrat Kokrda vorgeschlagenen Aenderung beschliessen.

GR. Ettsch berichtet über einen Grundtausch zwischen der Gemeinde

Wien und der Firma Brüder Deutsch in der Brigittenau am Engelsplatz. Der Grund der Firma Deutsch ist 3507 Quadratmeter gross. Ihn tauscht die Gemeinde gegen einen 4225 Quadratmeter grossen Grund ein. Für die Uebersiedlung von den von der Firma abzutretenden Liegenschaften leistet die Gemeinde Wien der Firma einen Entschädigungsbeitrag von 90.000 Schilling.

GR. Scholz (E.L.) bezeichnet den Grundtausch als Musterbeispiel für die schlechte Bodenpolitik der Gemeinde.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen.

GR. Bermann ersucht um Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und der Bilanz für das Jahr 1928 der städtischen Versicherungsanstalt. Die Anstalt besteht nun schon 30 Jahre. Aus Anlass dieser Bestandfeier wurden für die Angestellten einige Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen. Als äusseres Zeichen der Feier wurde der Tuchlaubenbrunnen gestiftet. Die gesamte Prämien- und Gebühreneinnahme betrug im Berichtsjahr 12'20 Millionen Schilling gegenüber 8'64 Millionen Schilling im Jahre 1927. Der Bestand an Wertpapieren hat sich von 2'43 Millionen Schilling im Jahre 1927 auf 9'03 Millionen Schilling im Jahre 1928 erhöht. In der Lebensversicherung wurden 10.486 Polizzen über ein Kapital von 30'43 Millionen Schilling aufgestellt. Ende 1928 wies die Kapitalsversicherung einen Gesamtbestand von 33.102 Polizzen über ein Kapital von 74'40 Millionen Schilling auf. In der Sachschadenversicherung ist die Prämieinnahme von 5'21 Millionen Schilling auf 7'62 Millionen Schilling gestiegen. Das Berichtsjahr schliesst nach Totierung der Pensionsreserve mit einem Betrag von 381.170 Schilling, des Hilfsfonds für Aussenorgane mit 20.000 Schilling und nach Reservierung eines Betrages von 250.000 Schilling für einen zu schaffenden Hilfsfonds für Versicherte mit einem Ueberschuss von 179.538 Schilling, wovon 23.242 Schilling auf die Lebensversicherung und 156.296 Schilling auf die Schadenversicherung entfallen.

GR. Angermayer (E.L.) kritisiert, dass der Prozentsatz der Storni ein ausserordentlich hoher sei. Er glaubt, die Schuld daran den Aussenorganen beimessen zu können, die ungesunde Versicherungen abschliessen. Den Beamten der Anstalt gebührt für ihre rührige Arbeit vollster Dank. (Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort verweist der Referent, dass auch andere Versicherungsanstalten hohe Prozentsätze bei Storni aufweisen. Daran ist die ungünstige wirtschaftliche Lage schuld. Der Beamtenschaft der Anstalt und insbesondere dem Direktor Liebermann muss Dank und Anerkennung ausgesprochen werden.

Der Rechenschaftsbericht und Bilanz werden genehmigt.

Die Tagesordnung ist erschöpft und der Vorsitzende Gemeinderat Hofbauer schliesst um 19'30 Uhr die Sitzung.

Wien, am Samstag, den 11. Mai 1929

Keine Gemeinderatssitzung. In der kommenden Woche hält der Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittag eine Sitzung ab. Der Gemeinderat wurde nicht einberufen.

Die städtischen Sommerbäder werden eröffnet. Am Freitag, den 17. Mai werden das städtische Strandbad Gänsehäufel und alle anderen kommunalen Sommerbäder eröffnet. Die Eröffnung der städtischen Kinderfreibäder wird rechtzeitig mitgeteilt werden.

Geänderte Sprechstunden bei Stadtrat Breitner. Vom 15. Mai an finden die Sprechstunden beim städtischen Finanzreferenten jeden Mittwoch und Freitag von 7 Uhr früh bis 9 Uhr vormittag statt.

14.394 Motorräder in Wien. Die Zahl der Motorräder in Wien nimmt sprunghaft zu. Vor drei Jahren waren in Wien 5.836 Motorräder angemeldet. Zu Beginn des heurigen Jahres betrug die Zahl 13.567. In den ersten vier Monaten sind 827 Motorräder hinzugekommen, was also einen Durchschnitt von vier Stück auf den Tag entspricht. Im Vergleich zum Juli 1914, um welche Zeit in Wien überhaupt nur 748 Motorräder in Betrieb gewesen sind, bedeutet der derzeitige Stand von 14.394 nahezu eine Verzwanzigfachung.

Aenderungen im Bahnhofrundverkehr. Wegen Gleisarbeiten muss der Bahnhofrundverkehr der städtischen Strassenbahn in der Nacht vom 13. zum 14. und vom 14. zum 15. Mai zwischen der Alserbachstrasse (Hotel Union) und Sechshausergürtel (Gumpendorferstrasse) über die Spitalgasse, Lazarettgasse, Kaiserstrasse und (innerer) Mariahilfergürtel abgelenkt werden. Die Aenderung gilt für beide Fahrtrichtungen.

Städtische Frauengewerbeschule. An der Frauengewerbeschule für Weissnähen und Kleidermachen werden schon jetzt Einschreibungen für das neue Schuljahr entgegen genommen. Auskünfte täglich von 8 bis 14 Uhr in der Kanzlei, Margaretenstrasse 152, III. Stock. Telefon B 27-0-76.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Morgen Sonntag hält Dr. L. Birkenfeld im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum (Volkshalle des Neuen Rathauses) einen Vortrag über "Organisierter Kapitalismus". Beginn 11 Uhr vormittag. Freier Eintritt. In der Abteilung für Wohnung und Städtebau, I., Parkring 12 spricht morgen Sonntag um 11 Uhr vormittag Oberbaurat Ludwig Fischer über "Technik und Haushalt".

Wien, am Samstag, den 11. Mai 1929 Zweite Ausgabe

.....

Die neue Bauordnung. Die gestern unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Dr. Danneberg begonnene Enquete über die neue Wiener Bauordnung wurde heute vormittags fortgesetzt. Es wurden folgende Kapitel verhandelt: Anliegerbeiträge, bauliche Ausnützbarkeit der Bauplätze und Vorschriften, die vornehmlich dem Schutze der Gesundheit dienen, Vorschriften, die hauptsächlich die Konstruktion betreffen und schliesslich die Bestimmungen über besondere Arten von Bauanlagen. Einen grossen Raum nahm die Beratung der Anliegerbeiträge ein. Dazu sprach zunächst Architekt Professor Sitte (Oesterreichische Gesellschaft für Bodenreform), der anregt, dass die Gemeinde selbst die gesamten Aufschliessungen von Gründen besorgen solle. Die Bedeckung der Kosten soll eine Bodenwertabgabe sein. Wenn aber dennoch die Anliegerbeiträge eingehoben werden, sollen sie nach dem gemainen Wert des Grundstückes bemessen werden. Dozent Ingenieur Dr. Brunner von der Oesterreichischen Gesellschaft für Städtebau erklärt, dass nach sachlichen Gesichtspunkten gegen die Anliegerbeiträge nichts einzuwenden sei. Sie sollen aber nach der wirtschaftlichen Ausnutzungsmöglichkeit des Grundes in Bezug auf die Geschosshöhe bemessen werden. Eine Verteuerung des Grundes ist durch die Anliegerbeiträge nicht zu erwarten. Ingenieur Sommerlatte (Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister) ist der gegenteiligen Meinung. Die Anliegerbeiträge wurden gegenüber der alten Bauordnung bedeutend erhöht. Sie stellen eine Erhöhung der Baukosten und eine dauernde Belastung der Mieten dar. Dem Bauwerber werden neue Lasten aufgebürdet und dadurch die private Bautätigkeit erschwert. Die Gemeinde soll wenigstens für die Dauer der Geltung der Zwangsgesetze im Interesse der Mieter auf die Bezahlung der gesamten Anliegerbeiträge verzichten. Oberensatarat i. R. Voig (Oesterreichischer Ingenieur- und Architektenverein) regt an, da in Wien entsprechend genügendes schon baureifes Gelände zur Verfügung steht, zuerst dieses heranzuziehen. Die Bemessung der Anliegerbeiträge soll sich aber nicht nach dem Frontwert richten. Von der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie spricht sach Kammerrat Gerhold entschieden gegen die Anliegerbeiträge aus. Wenn sie aber trotzdem in die neue Bauordnung aufgenommen werden, so sollen die Bestimmungen wenigstens für die gegenwärtige Zeit des Notstandes ausser Kraft gesetzt werden. Kammerrat Ingenieur Hirschmann (Ingenieurkammer für Burgenland, Niederösterreich und Wien) erklärt, dass die Anliegerbeiträge keine Neuheit sind. Sie bestehen auch schon in Deutschland. Die Anliegerbeiträge sind unter gewissen Modalitäten vollkommen gerechtfertigt, sie dürfen aber die private Bautätigkeit nicht behindern.

Einfamilienhäuser und Siedlungshäuser sollen unter bestimmten Voraussetzungen von der Leistung der Anliegerbeiträge gänzlich befreit werden. Namens der Rechtsanwaltskammer bespricht Dr. Kantor die Frage der Anliegerbeiträge nach privatrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Gesichtspunkten. Es fragt sich, ob die Anliegerbeiträge eine Verwaltungsabgabe oder eine Art Bodensteuer sind. Soweit sie eine Verwaltungsabgabe für einen Verwaltungsakt darstellen, ist gegen sie nichts einzuwenden. Wenn sie aber eine Belastung des Individuums für öffentliche Zwecke darstellen, sind sie eine Störung der allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen. Für die Anliegerbeiträge muss eine möglichst stabile Grundlage geschaffen werden. Die Verpflichtung der Anlieger zur Herstellung und Erhaltung von Strassen steht im Widerspruch zu den Verwaltungsgrundsätzen. Gegen diese Verpflichtung müssen die schwersten Bedenken erhoben werden. Ingenieur Ehrlich (Reichsbund der Haus- und Grundbesitzer Oesterreichs) vertritt die Meinung, dass die Anliegerbeiträge, wenn sie schon in der neuen Bauordnung aufgenommen werden, auf das kleinstmögliche Mass eingeschränkt werden müssen, da sie erfahrungsgemäss den schwächsten Bauwerber treffen. Er regt an, die Anliegerbeiträge in der Form zur Bezahlung zu bringen, dass sie auf die Baugründe durch eine Zweckhypothek umgelegt werden. Oberbaurat Ingenieur Engelmann vom Zentralverband der Hausbesitzervereine in Wien spricht sich ebenfalls gegen die Anliegerbeiträge aus. Ebenso soll auch die Verpflichtung der Anlieger zur Herstellung und Erhaltung von Strassen aus dem Entwurf für die neue Bauordnung entfernt werden. Für die Vereinigung deutscher christlicher Mieter Oesterreichs nimmt Gemeinderat Daffinger zur neuen Bauordnung Stellung. Er erklärt, dass von der neuen Bauordnung keine einzige Wohnung zu erhoffen ist. Die Bautätigkeit wird erschwert und die Baukosten werden verteuert. Die Anliegerbeiträge sind eine Verteuierung der Mieten, weshalb sie aus öffentlichen Mitteln zu tragen sind. In der neuen Bauordnung wird überreichlich auf das freie Ermessen zurückgegriffen. Da mit diesem in den letzten Jahren die bösesten Erfahrungen gemacht wurden, müsse dieser Begriff aus der neuen Bauordnung verschwinden. Eine grundsätzliche Ablehnung erfahren die Anliegerbeiträge auch durch Gemeinderat Dr. Hengl (Oesterreichische Land- und Forstwirtschaftsgesellschaft), da sie nach seiner Meinung nur eine Verteuierung der Baukosten darstellen. Ueberdies fehlt auch jede Einspruchsmöglichkeit des Bauwerbers. Professor Dr. Reichl von der Oesterreichischen Gesellschaft für Volksgesundheit spricht ausführlich zu den Vorschriften, die vornehmlich dem Schutze der Gesundheit dienen. Wien ist darin lange Zeit rückständig geblieben und es ist nur zu begrüßen, dass der Entwurf der neuen Bauordnung entsprechende, dem Schutze der Gesundheit dienende Vorschriften enthält. Er wünscht ebenfalls die Schaffung eines

Fachbeirates, in dem auch Hygieniker Sitz und Stimme haben sollen. Ansonsten sprechen über die bauliche Ausnützbarkeit der Bauplätze, über die Vorschriften, die vornehmlich dem Schutze der Gesundheit dienen, über die Vorschriften, die hauptsächlich die Konstruktion betreffen, und schliesslich über die Bestimmungen über besondere Arten von Bauanlagen noch Architekt Jaksch von der Zentralvereinigung der Architekten Oesterreichs, Kammerrat Ingenieur Kempler (Ingenieurkammer für Burgenland, Niederösterreich und Wien), Dr. Hengl für die Oesterreichische Land- und Forstwirtschaftsgesellschaft, Obersenatarat I. R. Ingenieur Voit (Oesterreichischer Ingenieur- und Architektenverein), Kammerrat Gerhold von der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, Ingenieur Ehrlich (Reichsbund der Haus- und Grundbesitzer Oesterreichs) Oberbaurat Engelmann, Dozent Dr. Brunner, Architekt Brossmann (Architektenvereinigung Wiener Bauhütte), Ingenieur Sommerlatte und Kammerrat Ingenieur Hirschmann. Die Redner besprechen eine Fülle technischer Details, wobei die Mehrzahl eine grössere Bauliche Ausnützbarkeit der Baufläche verlangt. Bauplätze sollen bis zu 60 und 70 Prozent ausgenützt werden können. Die Enquete wird übermorgen Montag fortgesetzt.

Morgen Kraftwagenverkehr in der Hauptallee. Bekanntlich findet morgen Sonntag das Praterderby statt. Auf Ersuchen des Wiener Trabrennvereines hat das Bundesministerium für Handel und Verkehr dem Verein bekannt gegeben, dass es gegen das Befahren der Praterhauptallee mit Kraftwagen vom Praterstern bis zur Rotundenallee keine Einwendung erhebe. Mit Rücksicht darauf wird das vom Magistrat festgesetzte Verbot des Kraftwagenverkehrs in der Hauptallee für morgen nachmittags ausnahmsweise aufgehoben. Kraftwagen können daher morgen von 13'30 Uhr bis 20 Uhr die Hauptallee vom Praterstern bis zur Rotundenallee benützen. Motorrädern bleibt das Befahren der Hauptallee verboten.

Bezirksvertretung Neubau. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Neubau findet am Donnerstag, den 26. Mai, um 18 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Ottakring hält am Freitag, den 24. Mai, um 18 Uhr eine Sitzung.

Morgen Kraftwagenverkehr in der Hauptallee. Bekanntlich findet morgen Sonntag das Praterderby statt. Auf Ersuchen des Wiener Trabrennvereines hat das Bundesministerium für Handel und Verkehr dem Verein bekannt gegeben, dass es gegen das Befahren der Praterhauptallee mit Kraftwagen vom Praterstern bis zur Rotundenallee keine Einwendung erhebe. Mit Rücksicht darauf wird das vom Magistrat festgesetzte Verbot des Kraftwagenverkehrs in der Hauptallee für morgen nachmittags ausnahmsweise aufgehoben. Kraftwagen können daher morgen von 13'30 Uhr bis 20 Uhr die Hauptallee vom Praterstern bis zur Rotundenallee benützen. Motorrädern bleibt das Befahren der Hauptallee verboten.

Bezirksvertretung Neubau. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Neubau findet am Donnerstag, den 26. Mai, um 18 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Ottakring hält am Freitag, den 24. Mai, um 18 Uhr eine Sitzung.

Wien, am Montag, den 13. Mai 1929

.....

Abschluss der Enquete über die neue Bauordnung. Die von der Kommission des Wiener Landtages veranstaltete Enquete über die neue Wiener Bauordnung wurde heute vormittags abgeschlossen. Als letzte Kapitel aus dem Magistratsentwurf für die neue Bauordnung wurden die formellen Erfordernisse der Bauvorhaben (Baubewilligung-Anzeige), die Vorschriften betreffend die Ausführung und Erhaltung der Bauten, die Ersichtlichmachung von Verpflichtungen im Grundbuch, Behörden und die Uebergangsbestimmungen verhandelt. Ueber die rechtlichen Bestimmungen sprach ausführlich Dr. Kantor (Rechtsanwaltskammer), der zunächst die Anregung gibt, dass konform des Wohnbausteuerbefreiungsgesetzes schon im Benützungskonzens die Wohnbausteuerbefreiung zuerkannt werden soll. Der Ausbau des Nachbarrechtes ist sehr zu begrüßen. Im Zusammenhang damit betont Dr. Kantor, dass die Frage der Eignung eine ausschliesslich verwaltungsrechtliche, die Frage der Entschädigung eine zivilrechtliche ist. Bezüglich der Entscheidungspflicht der Behörde ist im Baurecht von grösster Wichtigkeit, dass die Behörde rasch entscheidet, weshalb die Entscheidungspflicht der Baubehörde schon im Gesetz entsprechend zu verankern ist. Die Bestimmung, dass der Landesregierung das Recht zusteht, auch von zwingenden Vorschriften dieser Bauordnung Befreiung zu erteilen, wenn deren Durchführung im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und diese Abweichung mit den öffentlichen Interessen vereinbar oder diese eine Aenderung fordern, ist eine Generalklausel, die das ganze Gesetz wertlos macht. Bei Verfahrensvorschriften soll es keine Dispensation geben; bei Leistungen und Duldungen hingegen wäre eine gewisse Ermessensbefugnis am Platz die aber auch nur in gewissen Grenzen gehalten sein muss. Schliesslich wendet sich Dr. Kantor gegen die in der neuen Bauordnung vorgesehene Arreststrafe in der Dauer von höchstens drei Monaten. Solche Strafen verletzen die Rechtsempfindung der Bevölkerung, sind in der neuen Bauordnung nicht notwendig, da sie schon durch das allgemeine Strafrecht gegeben sind. Schliesslich regt Dr. Kantor an, das Gesetz nicht schon drei Monate, sondern erst sechs Monate nach seiner Kundmachung im Landesgesetzblatt für Wien in Wirksamkeit treten zu lassen.

Baurat Professor Theiss (Zentralvereinigung der Architekten Oesterreichs) beantragt die Aufnahme einer Bestimmung in der Bauordnung, wonach die Planverfassung nur berechnigte Planverfasser besorgen dürfen, die technisch konstruktive Kenntnisse besitzen. Oberbaurat Engelmann (Zentralverband der Hausbesitzer

vereine in Wien) spricht ausführlich über die Bestimmungen hinsichtlich der Bauoberbehörde. Diese soll sich nach seiner Meinung zusammensetzen aus dem Landeshauptmann oder dem von ihm bestimmten Stellvertreter, aus zwei Mitgliedern des Stadtsenates, aus dem Magistratsdirektor und dem Stadtbaudirektor oder deren Stellvertretern, aus je einem Mitglied der Zivilingenieurkammer, der Handelskammer, der Architektenvereinigungen, der Baumeistervereinigungen, der Hausbesitzer und der Mieter und aus einem vom Landeshauptmann aus dem Landessanitätsrat zu wählenden Mitglied. Für die Mietervereinigung Oesterreichs gab Sekretär Hoffmayr die Erklärung ab, dass die Mietervereinigung Oesterreichs die Reformierung der Bauordnung wärmstens begrüesse. Die neue Bauordnung soll mit der privaten Bauspekulation brechen, weshalb sich auch die Mietervereinigung gegen jede grössere Ausnützung der Bauplätze wende, als im Entwurf vorgesehen ist. Die Mietervereinigung Oesterreichs hofft, dass die Vorlage baldigst Gesetz werde. Oberbau- rat Ingenieur Hoppe (Gremium der Sachverständigen, Abteilung für Bauwesen) wünscht, dass die vier Baufachmänner, die nach dem Entwurf in die Bauoberbehörde zu entsenden sind, dem Stande der gerichtlich beeideten Sachverständigen entnommen werden. Ansonsten nahmen noch Kommerzialrat Quester (Genossenschaft der Rauchfangkehrer), Obersenatsrat i. R. Voit (Oesterreichischer Ingenieur- und Architektenverein), Ingenieur Sommerlatte (Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister), Kammerrat Gerhold (Handelskammer), Kammerrat Ingenieur Hirschmann und Kammerrat Ingenieur Magyar (Ingenieurkammer), Ingenieur Ehrlich (Reichsbund der Haus- und Grundbesitzer Oesterreichs), Architekt Brossmann (Architektenvereinigung "Wiener Bauhütte") und schliesslich von der Oesterreichischen Land- und Forstwirtschaftsgesellschaft Sekretär Dr. Forchheimer das Wort, die durchwegs nicht wesentliche Abänderungsvorschläge beantragen. Damit ist der umfangreiche Magistratsentwurf über die neue Bauordnung für Wien durchbesprochen und Präsident Dr. Danneberg schliesst mit Dankesworten an die Teilnehmer die Enquete. Er verweist darauf, dass eine neue Bauordnung schon seit 1891 eine aktuelle Frage ist. Die Ergebnisse der Enquete werden von der Kommission gewissenhaft geprüft und erwogen werden, sodass in absehbarer Zeit das grosse Werk der neuen Wiener Bauordnung vollendet sein werde.

Goldene Hochzeiter. Am letzten Samstag feierten die Ehepaare Johann und Leopoldine Fitzthum, Franz und Rosalie Holy, Anton und Karoline Luchesi, Johann und Ann Macho, Albert und Marie Mücke und Karl und Henriette Vesely das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Richter den Jubelpaaren die Ehrengabe der Stadt Wien.

Wien, am Montag, den 13. Mai 1929

Zweite Ausgabe

.....

Wann gilt ein Objekt als leerstehend. Im September vorigen Jahres haben die Eigentümer eines Hauses in der Baumgasse dem Magistrat angezeigt, dass der bisherige Mieter des Hauses gekündigt und delogiert worden sei. Die Delogierung sei aber nicht vollständig durchgeführt worden, weil der Abtransport von Transmissionen mit zu hohen Kosten verbunden gewesen wäre. Die im Objekt verbliebenen Gegenstände seien zugunsten des Bundes gepfändet. Der Magistrat hat erhoben, dass ausser den Transmissionen noch Kästen und Werkzeuge in den Räumlichkeiten vorhanden sind. Die Leerstehungsanzeige wurde daher nicht zur Kenntnis genommen und den Hauseigentümern die Wohnbausteuer vorgeschrieben. Der Magistratsbescheid wurde von der Beschwerdekommision bestätigt, wogegen die Hauseigentümer die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben haben. Dieser hat am 30. April die Beschwerde als unbegründet abgewiesen. In der Begründung wird angeführt, dass die Aufbewahrung der in den Räumlichkeiten zurückgelassenen Gegenstände nicht Selbstzweck war. Diese Einrichtungsgegenstände gehörten nicht den Hauseigentümern, waren nicht Pertinenzien des Geschäftslokales. Es stand durchaus im Willen und in der Macht der Hauseigentümer, die erwähnten Gegenstände nach Auflösung des Mietvertrages aus den Geschäftslokalitäten entfernen zu lassen. Wenn dies nicht geschehen ist, so liegt ein Verhalten der Hauseigentümer vor, die die Annahme der belangten Behörde nicht als gesetzwidrig erscheinen lässt, dass die Hauseigentümer die fraglichen Räume nicht nur inne hatten, sondern auch benützten.

.....

Absperrung der Laxenburgerstrasse. Wie die Dienststelle für Bundesstrassen im Wiener Gemeindegebiet mitteilt, wird die Laxenburgerstrasse vom Südbahnviadukt bis zum Columbusplatz auf etwa 5 und von der Trostgasse bis nach Inzersdorf auf etwa 4 Wochen wegen Erneuerung des Fahrbahnbelages gesperrt. Die Umlegung des Verkehrs erfolgt über die Favoritenstrasse, beziehungsweise Triesterstrasse

.....

Rekordbesuch in der städtischen Schülerherberge. In der vergangenen Woche hatte die städtische Schülerherberge in der Unteren Augartenstrasse einen Rekordbesuch von nicht weniger als 541 Gästen zu verzeichnen. Die stärkste Schülergruppe stellt diesmal Bulgarien, das 60 Handelsschüler zu Studienzwecken nach Wien entsendet hat. Ansonsten fanden unter anderem Belgrader Handelsakademiker, Karlsbader Staatsgewerbeschüler, Soproner Handelsschüler und Handelsakademiker aus Sistow in der Schülerherberge gastliche Aufnahme.

.....

Wien, am Dienstag, den 14. Mai 1929

.....

Ausstellung der städtischen Bäderverwaltung in Berlin. Der Deutsche Verein der Gas- und Wasserfachmänner hat gemeinsam mit dem Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin eine Ausstellung "Gas und Wasser" geschaffen, die am 19. April eröffnet worden ist. Auf Einladung der Ausstellungsleitung hat auch die städtische Bäderverwaltung in einer eigenen Ausstellungsboje das Wiener städtische Badewesen zur Ausstellung gebracht. Auf eigenen Stadtplanetafeln wird die Verteilung der städtischen Bäder nach Warmbädern, Sommerbädern und Kinderfreibädern über das Stadtgebiet sowie sämtliche Wiener Bäder einschliesslich der privaten Badeanstalten gezeigt. Mehrere moderne graphische Darstellungen zeigen anschaulich den Stand und die Entwicklung der städtischen Bäder, die Zahl der Badestellen und der Besucher vom Jahre 1888 bis 1928. Das städtische Amalienbad wird durch ein lehrreiches Modell und durch eine neuartige Darstellung der einzelnen Stockwerksschnitte auf übereinander angeordneten Glasplatte vorgeführt. Zwei Dioramen zeigen die besondere Wiener Badetype eines Kinderfreibades und das Ottakringer Schwimm-, Sonnen- und Luftbad mit seiner prächtigen Lage und dem grossartigen Rundblick auf die Stadt und den südlichen Wienerwald. Eine Lichtbildstatistik vermittelt die besondere Entwicklung des Wiener Badewesens vom Jahre 1919 bis 1928, in welcher Zeit 26 neue städtische Badeanstalten errichtet worden sind. Die geschmackvolle, durch den Wiener Architekten Professor Prutscher besorgte Einrichtung und Raumgestaltung der Boje sowie die Gediegenheit und eindrucksvolle Ausführung der Ausstellungsgegenstände fanden nicht nur die Anerkennung der Ausstellungsleitung und der Presse, sondern es wird auch von allen Ausstellungsbesuchern die besondere Note der Schaustellung des Wiener städtischen Badewesens allgemein anerkannt.

.....

Stromabschaltung. Im Hause II., Taborstrasse 102/104 wurde die elektrische Installation trotz wiederholter Aufträge nicht in den vorschriftsmässigen Zustand gebracht, obwohl sie die persönliche Sicherheit gefährdete und eine Feuersgefahr bildete. Um Unglücksfällen vorzubeugen, musste daher die zuständige Magistratsabteilung am 7. Mai in diesem Haus den elektrischen Strom vom städtischen Kabelnetz abschalten.

.....

Bezirksvertretung Brigittenau. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau findet am Donnerstag, den 6. Juni, um 19 Uhr statt.

.....

Wien, am Dienstag, den 14. Mai 1929

Zweite Ausgabe

Amerikareise des Stadtrates Professor Tandler. Der Wiener Stadtsenat hat heute dem städtischen Wohlfahrtsreferenten amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler einen Urlaub bis Mitte August bewilligt. Stadtrat Tandler wird diesen Urlaub zu einer Reise nach Amerika benützen, um dort an dem Internationalen Hospitalkongress als Referent teilzunehmen. Diese Tagung, zu der hervorragende Fachmänner aus der ganzen Welt angemeldet sind, beginnt am 12. Juni und wird in Atlantis City abgehalten. Vorher besuchen die Kongressmitglieder einige größere amerikanische Städte, wo Professor Tandler medizinische und sozialpolitische Vorträge halten wird. Ein eigener Film, der die wichtigsten Wiener Fürsorgeeinrichtungen zeigt, wird diese Vorträge wirksam ergänzen. Am 15. Juli tagt in Montreal der Internationale Pflegerinnenkongress. Stadtrat Tandler wird auf diesem Kongress einen Vortrag über die sozialen Aufgaben der Pflegerinnen halten. Der Stadtsenat hat für die Zeit der Abwesenheit des Stadtrates Tandler den Stadtrat Breitner mit der Vertretung betraut.

Ueberprüfung der elektrischen Steigleitungen. In letzter Zeit erweisen sich in Wiener Wohnhäusern elektrische Steigleitungen immer häufiger als ungeeignet. Die bestehenden Leitungsquerschnitte entsprechen entweder nicht mehr den Belastungen oder die Leitungen besitzen infolge Alters oder als Kriegserzeugnis nur mehr eine mangelhafte Isolation. Die städtischen Elektrizitätswerke sehen sich daher veranlasst, die Steigleitungen in allen Wiener Häusern zu überprüfen. Es ist nun jedenfalls sehr unangenehm, wenn anlässlich einer solchen Ueberprüfung die Notwendigkeit einer Steigleitungsreparatur festgestellt wird, das Stiegenhaus aber erst vor kurzem und vielleicht mit erheblichen Kosten instandgesetzt worden ist. Es empfiehlt sich daher, vor Durchführung von Arbeiten in den Stiegenhäusern die Steigleitungen durch die städtischen Elektrizitätswerke überprüfen zu lassen. Die Ueberprüfung wird kostenlos durchgeführt.

Wiederbelegung einfacher Gräber im Kagraner Friedhof. Nach dem 1. Juli werden die einfachen Gräber in der Gruppe I, Reihe 13, 14, 15 und 16 im Kagraner Friedhof wiederbelegt. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern sind nur vor der Wiederbelegung zulässig. Die bezüglichen Gesuche sind bis längstens 20. Juni bei der Magistratsabteilung 12 einzubringen.

Wien, am Mittwoch, den 15. Mai 1929

Erste Ausgabe

.....
Neuregelung des Ladenschlusses im Lebensmittelhandel. Durch eine Verordnung des Wiener Landeshauptmannes, die morgen Donnerstag verlautbart werden wird, wird der Ladenschluss im Lebensmittelkleinhandel und im Kleinverschleiss der Lebensmittelerzeugungsgewerbe, der bisher in der Zeit vom 15. Mai bis 15. September mit 8 Uhr und an Samstagen mit 9 Uhr abends festgesetzt war, derart neu geregelt, dass die betreffenden Geschäfte nunmehr auch in der genannten Zeit wie im übrigen Teil des Jahres um 7 Uhr abends und an Samstagen um 8 Uhr abend zu schliessen haben. Nur an den Tagen, an denen beim Kleinhandel mit anderen Waren als Lebensmitteln der Ladenschluss um 7 Uhr erfolgt (Frühjahrsmesse, Herbstmesse und in der Zeit vom 1. bis 24. Dezember), dürfen die Lebensmittelgeschäfte bis halb 8 Uhr und an den in diese Zeit fallenden Samstagen bis halb 9 Uhr abends offen halten. Am Charsamstag, Pfingstsamstag und am Sylvestertag gilt als Ladenschlusstunde für Lebensmittelgeschäfte 8 Uhr abends. Die Neuregelung tritt morgen Donnerstag in Kraft.

.....
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird auf der Wieden die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in der Klagbaumgasse, Kleine Neugasse, Lambrechtgasse, Anton Burggasse, Moosgasse, Rubensgasse, Ritlergasse und im Rubenspark in Betrieb gesetzt. In Meidling wird die Breitenfurterstrasse von der Hetzendorferstrasse bis zur Gemeindegrenze und schliesslich in Floridsdorf die Wagramerstrasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

.....
455.234 Gaskonsumenten in Wien. Die starke Zunahme der Gasabnehmer in Wien hält fortgesetzt an. Während die städtischen Gaswerke am 31. Dezember 1913 nur 211.815 Gasabnehmer zählten, bezogen am 30. April dieses Jahres nicht weniger als 455.234 Konsumenten Gas von den städtischen Gaswerken. Diese haben auch im April wieder zahlreiche Teilzahlungsanlagen eingerächtet. Es wurden neun Häuser mit 58 Wohnungen mit Teilzahlungsanlagen ausgestattet. Der Verkauf von Gasgeräten war auch im April ein anhaltend reger.

.....
Städtische Frauengewerbeschule. An der Frauengewerbeschule für Weissnähen und Kleidermachen werden schon jetzt Einschreibungen für das neue Schuljahr entgegen genommen. Auskünfte täglich von 8 bis 14 Uhr in der Kanzlei, Margaretenstrasse 152, III. Stock. Fernsprecher B 27-0-76.

Wien, am Mittwoch, den 15. Mai 1929

Zweite Ausgabe

Beteiligung der Gemeinde an der Linzer Wohnungsausstellung. Die Stadtgemeinde Linz veranstaltet vom 17. August bis 15. September dieses Jahres in Linz eine Ausstellung "Wohnung und Siedlung in Stadt und Land". Die Ausstellung hat den Zweck, sowohl erziehend und belehrend zu wirken, als auch alle produktiven Leistungen auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens in Stadt und Land zu zeigen. Es ist auch beabsichtigt, die innere Einrichtung der Häuser im einzelnen zu zeigen, die Einrichtung der Wohnungen, Grundrisse und Pläne schauzustellen. An der Ausstellung beteiligt sich nicht nur ganz Oesterreich, sondern auch Deutschland wird an ihr in grossartiger Aufmachung teilnehmen, da die deutschen Städte einen Ueberblick über ihre gesamte Wohnbautätigkeit darstellen wollen. Die Ausstellung wird aus folgenden Gruppen bestehen: Plan- und Modellschau, Wohnungswesen, Hausrat, kulturhistorische Darstellung und einer Kunstschau. Die Stadt Linz hat die Gemeinde Wien eingeladen, sich ebenfalls an dieser Ausstellung zu beteiligen. Wien soll für seine Schauausstellung eine eigene geschlossene Abteilung erhalten. Es ist nun der Gemeinde Gelegenheit geboten, in einer ganz eigenartigen, bedeutsamen und wirkungsvollen Weise alles darzustellen, was sie auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens sowie auf sozialem Gebiet überhaupt geleistet hat. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat deshalb am Dienstag die Beteiligung der Gemeinde an der Linzer Ausstellung beschlossen und das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum mit der Durchführung betraut. Dieses wird Modelle von Wohnhausanlagen und Siedlungen, Waschkücheneinrichtungen, Badeanlagen und Kindergärten in den Wohnhausbauten, Pläne, Reliefs, plastische Darstellungen, Lichtbilder, statistische Tabellen sowie Muster von verschiedenen Wohnungstypen und ihrer Einrichtungen zur Schau stellen.

Freitag Bädereröffnung. Wie schon berichtet, werden übermorgen Freitag die städtischen Sommerbäder mit Ausnahme des Schwimm-, Sonnen- und Luftbades Kongressplatz eröffnet. Es sind dies die Strandbäder Gänsehäufel, Alte Donau/und Stadlau, die Schwimm-, Sonnen- und Luftbäder Ottakring, Hohe Warte und Krapfenwaldl, die Strombäder Kuchelau und Nussdorf, das Hütteldorfer Schwimmbad und schliesslich das Schwimmbad im städtischen Theresienbad.

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12, findet morgen Donnerstag um 18 Uhr bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

Wien, am Donnerstag, den 16. Mai 1929

Erste Ausgabe.

.....

Der Ausbau der Wiener Pädagogischen Zentralbibliothek. Infolge richtigem Aufbau der Wiener Schulreform wurde im Jahre 1924 von der Gemeinde Wien die Pädagogische Zentralbücherei geschaffen. Damit war endlich ein jahrzehntelang gehegter Wunsch der Wiener Lehrerschaft nach einer zentralen, wissenschaftlich eingerichteten, leicht zugänglichen, grossen Fachbibliothek erfüllt. Die Bücherei wurde dem Pädagogischen Institute der Stadt Wien eingegliedert und allen Wiener Lehrpersonen, ob Gemeinde- oder Bundesangestellte, dem Volks-, Haupt- und Mittelschullehrern, den Kindergärtnerinnen, Fürsorgerinnen, Horterzieherinnen und so weiter kostenlos zugänglich gemacht. Sie war im Stadtschulratsgebäude in Räumen untergebracht, die für den Anfang als zweckmässig und ausreichend angesehen werden konnten. Wie die Entwicklung der Bibliothek gezeigt hat, hat die Wiener Stadtverwaltung mit ihrer Errichtung einem wirklichen Bedürfnis der reformfreudigen, berufsbegeisterten Wiener Lehrerschaft entsprochen. Bereits im ersten Berichtsjahr (die Berichtsjahre decken sich mit den jeweiligen Schuljahren) wurden an 5.100 Personen 12.000 Bücher abgegeben. In den folgenden Jahren ging es stetig aufwärts. Die Zahl der Entlehner betrug 13.000, 21.000, beziehungsweise 22.000 im Jahr. Die Zahl der jährlichen Entlehnungen stieg auf 32.000, beziehungsweise 39.000 und im letzten Berichtsjahre wurden 43.000 Bücher entlehnt. Das abgelaufene Berichtsjahr brachte also 22.000 Entlehnfälle mit 43.000 Entlehnungen. Seit der Eröffnung der Pädagogischen Zentralbücherei der Stadt Wien wurden insgesamt an rund 70.000 Personen 143.000 Bücher abgegeben, ein herrliches Zeugnis für die Wiener Lehrerschaft und zugleich für die Bedeutung der Pädagogischen Zentralbücherei. Die Entwicklung der Bücherausgabe ging parallel mit der Vermehrung der Bücherbestände vor sich:

1924: Eröffnung der Pädagogischen Zentralbücherei mit 25.000 Bänden; 1925: Bücherbestand 50.000 Bände; 1926 70.000 Bände; 1927 100.000 Bände und 1928 130.000 Bände. Gegenwärtig besitzt sie fast 150.000 Bände und ist damit die zweitgrösste deutsche Pädagogische Fachbibliothek geworden. Diese Entwicklung war nur möglich, weil die Gemeinde Wien die entsprechenden Mittel bereitstellt. Der Jahresetat für Bücher- und Zeitschriftenanschaffungen beträgt gegenwärtig 46.900 Schilling. Dieser gewaltigen Entwicklung waren die im Stadtschulratsgebäude zur Verfügung gestellten Räume nicht mehr gewachsen. Daher wurde auf Beschluss der Gemeinde und durch das besondere Entgegenkommen der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien die Pädago-

gische Zentralbücherei in das Gebäude der Zentralsparkasse Wien XVII., Hernalser Hauptstrasse 72-74 verlegt. Das Haus, das für Bibliothekszwecke ausserordentlich geeignet ist, wurde noch entsprechend adaptiert. Rund 270 Meter eiserne Bücherregale von mehr als vier Meter Höhe wurden aufgestellt, ein eigenes Katalogzimmer eingerichtet, die Bücherausgabe mit Schalteranlagen versehen; der ehemalige Festsaal wurde unter vollster Wahrung seiner Architektur zu einem schmuckvollen Lesesaal umgestaltet. Die bibliothekstechnischen Einrichtungen sind dem Charakter einer wissenschaftlichen Bibliothek entsprechend. Zwei Zettelkataloge (Autoren- und Schlagwortkatalog) sind vorhanden. Die Kataloge sind allen Besuchern zugänglich. Oberstes Prinzip ist, alle verlangten Bücher am selben Tag den Parteien auszufolgen. Es ist möglich, sich auf entlehnte Bücher vermerken zu lassen; die rücklangenden Werke werden den Parteien reserviert. Im Lesesaal, in dem ungefähr 1000 Nachschlagewerke und mehr als 430 Zeitschriften aufliegen, werden auch die Neuerwerbungen ausgestellt. Die Bücherei sucht vor allem die gesamte moderne deutschsprachige Fachliteratur zu erwerben; in besonderer Weise werden noch als Hilfswissenschaften der Pädagogik die Philosophie und Psychologie gepflegt. Darüber hinaus werden aber auch noch die wichtigsten Werke aus allen sonstigen Wissenschaften, soweit sie für die eingangs erwähnte Lehrerkategorien in Frage kommen, angekauft. Was die moderne und fachwissenschaftliche Literatur anlangt, so dürfte die Pädagogische Zentralbücherei zu den **besteingerichteten** deutschen Bibliotheken dieser Art zählen.

Eine neue grosse städtische Wohnhausanlage in Ottakring. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat am Dienstag auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Weber beschlossen, in Ottakring in der Gablenzgasse-Zagorskygasse-Herbststrasse eine grosse Wohnhausanlage zu errichten. Die Pläne stammen von den Architekten Professor Josef Hofbauer und Wilhelm Baumgarten. Der Wohnhausbau wird 236 Wohnungen, Räumlichkeiten für ein Jugendheim und mehrere Werkstätten enthalten. Die voraussichtlichen Baukosten werden sich auf 3'8 Millionen Schilling belaufen.

Einlagezüge der Strassenbahn zur Hauptallee. Wie die städtische Strassenbahndirektion mitteilt, wird zur Verstärkung des Verkehrs von der Stadtbahnhaltestelle Schwedenplatz zur Hauptallee an schönen Sonn- und Feiertagen nachmittags eine Einlagelinie mit der Bezeichnung 78 von der Gleisschleife Esslinggasse über den Franz Josefskai zur Hauptallee geführt werden.

Bezirksvertretung Alsergrund. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund findet am Mittwoch, den 22. Mai, um 17 Uhr statt.

Wien, am Donnerstag, den 16. Mai 1929

Zweite Ausgabe

.....

Ehrenring der Stadt Wien für Professor Julius Schmid. Wie schon bekannt, hat der Wiener Gemeinderat beschlossen, dem Altmeister der Wiener Malkunst Professor der Akademie der bildenden Künste Julius Schmid in Anerkennung seiner grossen Erfolge auf dem Gebiete der Malkunst und seiner Verdienste um das Wiener Kunstleben anlässlich seines fünfundsiebzigsten Geburtstages den Ehrenring der Stadt Wien zu verleihen. Professor Schmid wurde am 3. Februar 1854 in Wien geboren und besuchte die Wiener Akademie der bildenden Künste als Schüler Professor August Eisenmengers, unter dessen Leitung er sich zum Historien- und Porträtmaler ausbildete. Seine bedeutendste Freskoarbeit sind die Deckengemälde in der restaurierten Schottenkirche. Dann schuf Schmid neben vielen Porträts dekorative Monumentalarbeiten, wie den eisernen Vorhang im Raimundtheater und die Deckengemälde im Festsaal des Hauses der Kaufmannschaft. Von dem bedeutenden Künstler stammt auch das im Jahre 1897 für die damalige Schubertausstellung im Auftrag der Gemeinde Wien gemalte Bild "Ein Schubertabend in einem Wiener Bürgerhaus", das zu den populärsten Gemälden der jüngsten Gegenwart zählt. Ausser diesem Gemälde besitzt das Museum der Stadt Wien noch die von der Meisterhand Schmid's geschaffenen Bilder "Beethoven" und "Musikprobe bei Haydn". Bei allen diesen Bildern ist die treffende Milieuschilderung, der Schmid seinen Ruf als Historienmaler verdankt, besonders hervorzuheben. Heute mittags fand nun im Rathaus die feierliche Ueberreichung des Ehrenringes an den greisen Meister statt. Bürgermeister Seitz würdigte die grossen Verdienste Julius Schmid's um die deutsche Kunst und um die Wiener Malkunst im besonderen und entbot dem Künstler die aufrichtigsten Glückwünsche der Stadt Wien. Nach Ansprachen des Präsidenten der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens Professor Goltz und des Rektors der Akademie der bildenden Künste Professor Jungwirth dankte, überaus bewegt, der greise Meister für die ihm bereitete Ehrung. An der Feier nahmen unter anderem Vizebürgermeister Hoss, Hofrat Leisching, Obersenatsrat Gräf und die Familienangehörigen Professor Schmid's teil.

.....

Beleuchtung des Hochstrahlbrunnens. Anlässlich des Pfingstfestes wird der Leuchtbrunnen am Schwarzenbergplatz am Pfingstsamstag und Pfingstsonntag jeweils von 21 bis 22 Uhr seine farbenprächtigen Wasserspiele zeigen.

.....

.....
Belebung des Arbeitsmarktes durch die Gemeinde Wien. Die Gemeinderatsausschüsse für Wohnungswesen und technische Angelegenheiten haben in den letzten Tagen wieder bedeutende Arbeitsaufträge an Industrie und Gewerbe vergeben, die insbesondere mit der Bautätigkeit, dem Ausbau der elektrischen Strassenbeleuchtung und sonstigen Investitionen zusammenhängen. Die letzten Arbeitsaufträge machen rund drei Millionen Schilling aus. Davon wurden für rund eine Million Schilling Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für neue städtische Wohnhausbauten bestellt. Im Ausmass von 850.000 Schilling wurden Elektro-, Gas-, Wasser- und Abortinstallationsarbeiten in städtischen Neubauten in Auftrag gegeben. Grössere Bestellungen erhielten das Pflasterergewerbe, Tischler, Spengler, Anstreicher, Schlosser, die Keramikindustrie, die Autoindustrie und so weiter. Schliesslich hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten noch für 150.000 Schilling Installationsarbeiten für die Einführung der öffentlichen elektrischen Strassenbeleuchtung vergeben.

.....
Autobusfirmungsverkehr. Wie in den Vorjahren wird auch heuer am Pfingstsonntag und Pfingstmontag für die Firmlinge von 8 Uhr bis 11 Uhr und von 13 Uhr bis 16 Uhr ein Autobussonderverkehr vom Stephansplatz zum Praterstern eingerichtet. Der Fahrpreis für die einfache Fahrt beträgt einheitlich für Kinder und Erwachsene 40 Groschen.

.....
Teilweiser Einbahnverkehr in der Mondscheingasse. Im Interesse der Sicherheit des Verkehrs hat der Wiener Magistrat die Mondscheingasse zwischen der Zollergasse und der Neubaugasse als Einbahnstrasse erklärt. Sie darf nur in der Richtung von der Zollergasse zur Neubaugasse befahren werden. Fuhrwerke dürfen nur auf der linken Strassenseite der gestatteten Fahrtrichtung und nur in einer Reihe Aufstellung nehmen. Eine Aufstellung auf der rechten Strassenseite ist nur solange gestattet, als sie für das Aus- und Einsteigen von Fahrgästen, das Bezahlen des Fuhrlohnes oder das Auf- und Abladen von Gegenständen unbedingt notwendig ist. Das Auf- und Abladen hat mit grösster Beschleunigung zu geschehen.

.....
Jubilare der Ehe. Am Donnerstag feierten die Ehepaare Ferdinand und Marie Höblinger und Michael und Barbare Kurzmann das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte ihnen Stadtrat Richter die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....

.....

Freibäder für die Fortbildungsschuljugend. Wie in den Vorjahren, wird auch in der heurigen Badesaison den Fortbildungsschülern und Schülerinnen ausreichend Gelegenheit gegeben, Luft, Sonne und Wasser in städtischen Sommerbädern genießen zu können. Lehrmädchen steht von heute an bis 4. September das Theresienbad in Meidling jeden Dienstag und Donnerstag von 19 bis 20'30 Uhr und Lehrlingen jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 19 Uhr bis 21 Uhr zur Verfügung. Vom 1. Juni bis 4. September können die Lehrmädchen jeden Montag und Mittwoch von 19 Uhr bis 20'30 Uhr und die Lehrlinge jeden Dienstag, Donnerstag und Freitag von 19 Uhr bis 20'30 Uhr das Hernalser Kinderbad "Pezzlbad" aufsuchen. Ebenso kann die Fortbildungsschuljugend jeden Sonntag von 9 Uhr bis 18 Uhr im städtischen Strandbad Gänsehäufel baden. Der Besuch dieser Badeanstalten zu den angeführten Badezeiten ist für alle Schüler und Schülerinnen gegen Vorweisung der Schülerschulweisungskarte frei. Die Badewäsche ist mitzubringen.

.....

311 Einäscherungen im April. Im April dieses Jahres wurden in der Feuerhalle der Stadt Wien an 25 Einäscherungstagen 311 Leichen eingeäschert. Davon waren 182 männlichen und 129 weiblichen Geschlechtes. Unter den Eingeäscherten waren 12 Kinder. 35 Leichen wurden von auswärts zur Einäscherung nach Wien gebracht.

.....

Pfingstmontag Sonntagsfahrpreis auf der Strassenbahn. Am Pfingstmontag gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Hin- und Rückfahrtscheine, Frühfahrtscheine, Wochenkarten, Arbeitslosenfahrtscheine, Fürsorgefahrtscheine und Schüleranweisungen haben daher am Pfingstmontag keine Gültigkeit.

.....

Starker Pfingstbesuch in der städtischen Schülerherberge. Anlässlich der Pfingstfeiertage hat die städtische Schülerherberge in der Unteren Augartenstrasse einen überaus starken Besuch. Insbesondere viele Lehranstalten des Auslandes haben dieser Tage grössere Schülergruppen studienhalber nach Wien entsendet. Gegenwärtig beherbergt die städtische Schülerherberge nicht weniger als 447 Gäste. Darunter sind Budapester Oberrealschüler, Fachschülerinnen für Weissnähen aus Agram, Junglehrerinnen aus Deutschlandsowie Fortbildungsschüler Gymnasiasten und Volksschüler aus österreichischen Bundesländern.

.....

Wien, am Samstag, den 18. Mai 1929

Kunstpreise der Stadt Wien. Wie in den Vorjahren hat die Gemeinde Wien auch für heuer Kunstpreise im Gesamtbetrag von neuntausend Schilling für hervorragende Leistungen auf den Gebieten der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst gewidmet. Als Preisrichter wurden vom Bürgermeister für das Gebiet der Dichtkunst Schriftsteller Felix Salten, Universitätsprofessor Dr. Eduard Castle und Schriftsteller Dr. Hugo Hofmannsthal, für das Gebiet der Musik Komponist Alban Berg, Professor Dr. Max Graf und Hofrat Dr. Josef Marx sowie für das Gebiet der bildenden Kunst akademischer Bildhauer Otto Hofner, akademischer Maler Professor Hans Larwin und Architekt Hubert Gessner ernannt. Bei der Beurteilung der eingereichten Arbeiten liessen sich die Preisrichter von dem Grundsatz leiten, begabten Künstlern für hervorragende Leistungen zur allgemeinen Anerkennung zu verhelfen und ihr Schaffen zu fördern. Die Preise wurden ungeteilt verliehen und nur Künstler berücksichtigt, die sich schriftlich um die Preise beworben haben. Der Wiener Stadtsenat hat nun auf Grund der von den drei Preisgerichten erstatteten Vorschläge je einen Preis von 3000 Schilling verliehen auf dem Gebiete der Dichtkunst Hofrat Direktor Dr. Anton Wildgans und auf dem Gebiete der bildenden Kunst dem akademischen Maler Albert Janesch. Auf dem Gebiete der Musik kam der Preis nicht zur Verleihung. Es wurden jedoch drei Opernszenen "Raumschiffingenieure" von Komponisten Albert Schwarz ehrenvoll erwähnt. Die Ausfolgung der zur Bewerbung eingereichten Werke erfolgt ausschliesslich nur bis 28. Juni an Wochentagen von 8 Uhr bis 13 Uhr in der Kanzlei der städtischen Sammlungen, I., Neues Rathaus, Stiege IV, erster Stock. Für Werke, die bis 28. Juni nicht behoben werden, erlischt die Rückgabepflicht der Gemeinde.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tagt am Mittwoch um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat. Der Wiener Gemeinderat hält keine Sitzung.

Fliederpracht im Strauss-Lannerpark. Im Strauss-Lannerpark in Döbling, der erst vor kurzem eröffnet worden ist, wurden inmitten der Anlage auf einer grossen Rasenfläche mächtige Fliedergruppenpflanzungen angeordnet, die jetzt zur Fliederblütezeit einen wirklich sehenswerten Anblick bieten. Dieser Fliedergarten ist in seinem Blütenschmuck eine Wiener Sehenswürdigkeit, die zu besichtigen niemand verabsäumen soll.

Die Gemeindewache in den städtischen Gartenanlagen. Die Wiener Gemeindewache hat bisher nur einen Teil des ihr zukommenden Wirkungskreises, nämlich den Ueberwachungsdienst nach dem Wiener Theatergesetz, den internen Ordnungs- und Wachedienst in den städtischen Aemtern, Anstalten, Betrieben und Unternehmungen besorgt. Nunmehr soll sie mit der Durchführung einer weiteren ihr zukommenden Aufgabe, dem Ordnungs- und Wachedienst in den städtischen Gartenanlagen betraut werden. Die für diesen Dienst bestimmten Organe der Gemeindewache sind auch ermächtigt, Organmandatsstrafen zu verhängen. In Betracht kommen Uebertretungen der Magistrats-Kundmachungen, die sich auf den Schutz der öffentlichen Gartenanlagen beziehen, zum Beispiel die mutwillige Beschädigung der Anlagen, der Baumpflanzungen, der Bänke und Einfriedungen, das Abreißen von Blumen und Zweigen, das Fussballspielen in Gartenanlagen, das Betreten der Rasenflächen, die Nichteinhaltung des Leinenzwanges für Hunde in Gartenanlagen sowie die unbefugte Aufstellung von Handwagen, Ankündigungstafeln und Tischen in Gartenanlagen. Der Strafsatz ist einheitlich mit 2 Schilling festgesetzt. Die mit dem Aufsichtsdienst in den Gartenanlagen betrauten Organe der Gemeindewache sind mit einer von der Magistrats-Direktion ausgestellten, auf dem Namen des Gemeindewachmannes lautenden Legitimation versehen. Ueber die Bezahlung des Strafbetrages ist von dem Gemeindewachmann eine Quittung auszustellen. Ein Zwar zur Zahlung des Strafbetrages darf jedoch nicht ausgeübt werden. Verweigert der Beanständete die Bezahlung, so ist zur Durchführung des ordentlichen Verfahrens gegen ihn die Anzeige zu erstatten. Die Gemeindewache wird den Ordnungs- und Wachedienst in den städtischen Gartenanlagen in den nächsten Tagen aufnehmen.

Die Kontingentierung der Schweineeinfuhr aus Polen. Nach einem Bericht der städtischen Marktamtsdirektion wurde heuer der Schweinemarkt in St. Marx gegenüber dem Vorjahr von Polen bedeutend schwächer beliefert. Das Ausland lieferte für den Pfingstmarkt 16.706 Fleisch- und 4.632 Fettschweine, darunter 14.920 polnischer Konvenienz gegenüber 24.486, die Polen im Vorjahr lieferte. Der starke Ausfall ist auf die Kontingentierung der Einfuhr aus Polen zurückzuführen. Die Zufuhren an Rind-, Kalb- und Schweinefleisch in die Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren sind ebenfalls bedeutend zurückgegangen. Während im Vorjahr zu Pfingsten insgesamt 3803 Tonnen angeliefert wurden, waren es heuer nur 3448. Dieser Ausfall von 355 Tonnen betrifft fast ausschliesslich nur die Bahnzufuhren. Die Verminderung der Bahneirläufe ist vornehmlich auf das Konto der durch die neuen veterinärpolizeilichen Vorschriften für Auslandsware verursachten Drosselung des Fleischimportes zu setzen.

Frauen in leitenden Stellen im Gemeindedienst. Im Amtsgebiet des Stadtrates Professor Dr. Tandler wird seit einigen Jahren eine grössere Zahl von Frauen in leitenden Stellen verwendet. So waren am 1. Juni 1928 von 23 Jugendärzten zehn Frauen, von 51 Schulärzten 21 Frauen, von 26 Schulzahnärzten 15 Frauen. Folgende Stellen werden von Frauen bekleidet: Der Chefarzt der Kinderübernahmestelle ist eine Frau, der Chefarzt der Abteilung für geschlechtskranke Kinder, die 150 Betten umfasst, ist eine Frau, der Chefarzt der Säuglingsabteilung des städtischen Entbindungsheimes mit 120 Betten ist eine Frau, der Chef sämtlicher Schulzahnkliniken ist eine Frau, ebenso der Chef des gesamten Pfleger- und Pflegerinnenwesens. Auch gibt es eine Physikatsärztin zur Untersuchung des gesamten weiblichen Personals. Eine ganze Anzahl von Aerztinnen ist als Hilfs- und Assistenzärztinnen in den Spitälern in Fürsorgeanstalten angestellt. Die Stadt Wien beschäftigt 272 Jugendfürsorgerinnen, 545 Tuberkulosefürsorgerinnen, 53 Erzieherinnen, 1419 Pflegerinnen, 433 Kindergärtnerinnen, 120 Kinderwärterinnen und in den Schulzahnkliniken 24 Ordinationsgehilfinnen. Das Jugendamt der Gemeinde Wien, das auch die Generalvormundschaft innehat, hat als Berufsvormünder 10 Frauen angestellt. Im Berufsberatungsamt steht ebenfalls eine Frau an der Spitze der weiblichen Berufsberatung. Alle hier angeführten Daten beziehen sich nur auf das Ressort des Stadtrates Professor Dr. Tandler. Aber auch in den sonstigen Zweigen der Verwaltung der Gemeinde Wien sind viele weibliche Kräfte an hervorragender Stelle tätig.

Schülerfahrtbegünstigungen auf den Strassenbahnen. Wie die städtische Strassenbahndirektion mitteilt, empfiehlt es sich, die Ansuchen um Schülerfahrtbegünstigungen auf den städtischen Strassenbahnen für das kommende Schuljahr schon jetzt, jedenfalls aber noch vor Schluss des laufenden Schuljahres einzubringen. Für die zeitgerechte Erledigung der im Juli und August oder gar erst nach Schulbeginn eingebrachten Fahrtbegünstigungsansuchen kann nicht gebürgt werden

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. Am Pfingstsonntag spricht in der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Rathauses um 11 Uhr vormittag Dr. Hans Kraus über "Rationalisierung und Berufswahl". Freier Eintritt.

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12, spricht am Pfingstmontag um 11 Uhr vormittags Dr. Speneder über "Wiens Stadtentwicklung". Freier Eintritt.

Bezirksvertretung Alsergrund. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund findet am Mittwoch, den 22. Mai statt. Unter anderem wird die Ergänzungswahl von 19 Fürsorgeratsmitgliedern vorgenommen.

Schülerfahrtbegünstigungen auf den Strassenbahnen. Wie die städtische Strassenbahndirektion mitteilt, empfiehlt es sich, die Ansuchen um Schülerfahrtbegünstigungen auf den städtischen Strassenbahnen für das kommende Schuljahr schon jetzt, jedenfalls aber noch vor Schluss des laufenden Schuljahres einzubringen. Für die zeitgerechte Erledigung der im Juli und August oder gar erst nach Schulbeginn eingebrachten Fahrtbegünstigungsansuchen kann nicht gebürgt werden

Wien, am Dienstag, den 21. Mai 1929

.....
Entfallende Sprechstunde. Uebermorgen Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Wirtschaftsreferenten Stadtrat Kokrda.
.....

Zwischenfall im Wohnungsamt. Heute vormittags erschien der beschäftigungslose Schlosser Ferdinand Loidolt mit seiner Frau im Wohnungsamt und begehrte, ihm sofort eine Wohnung zu vermieten. Loidolt ist 21 Jahre alt und seit August vorigen Jahres verheiratet. Er bewohnt mit seiner Frau und seinem einjährigen Kind in Meidling ein Kabinett im Untermiete. Die ganze Wohnung besteht aus Zimmer, Kabinett und Küche. Loidolt hat am 27. August vorigen Jahres im Wohnungsamt um die Vermietung einer Wohnung vorgesprochen. Es wurde ihm schon damals mitgeteilt, dass vor ihm eine grosse Zahl von überaus dringlichen Wohnungswerbern vorgemerkt sei und er daher warten müsse, bis an ihn die Reihe komme. Seither hat sich Loidolt um eine Wohnung beim Wohnungsamt nicht mehr bemüht. Bei seiner heutigen Vorsprache wurde ihm mitgeteilt, dass auch gegenwärtig sein Wunsch um Zuteilung einer Wohnung nicht erfüllt werden kann. Das bot Loidolt den Anlass, zu erklären, dass Amt nicht eher zu verlassen, bevor ihm nicht eine Wohnung zugewiesen sei. Wiederholten Aufforderungen, doch auf die üblichen Parteien Rücksicht zu nehmen und den Amtsbetrieb nicht zu stören, blieben fruchtlos. Daraufhin bemühten sich zwei im Wohnungsamt den Dienst versehende Gemeindegewachsmänner, Loidolt zum Verlassen des Amtes zu bewegen. Loidolt aber nahm sofort gegen die Gemeindegewache Stellung, versuchte mit einem Waschbecken gegen die Gemeindegewache vorzugehen, während seine Frau mit Faustschlägen gegen die Gemeindegewachsmänner vorging. Den Bemühungen der Gemeindegewachorgane gelang es schliesslich, Loidolt und seine Frau zur Abnahme der Personalien in einen anderen Amtsraum zu überstellen. Dort ergriff Loidolt einen Hammer, mit dem sonst in diesem Amtsraum beschäftigte Arbeiter arbeiten, schlug damit alle Fensterscheiben entzwei und riss schliesslich einen Fensterflügel aus, den er in das Zimmer gegen die Gemeindegewache schleuderte. Schliesslich gelang es den zwei Gemeindegewachsmännern, die trotz schwerster Gefährdung gegen den wild um sich schlagenden Mann den Gummiknüttl nicht gebrauchten, Loidolt und seine Frau zur Abgabe des Nationales zu bewegen. Dann wurden beide der Bundespolizei übergeben. Bei der schwierigen Amtshandlung erlitt ein Gemeindegewachsmann amtsärztlich festgestellte Schwellungen im Gesicht und am rechten Arm.

.....
Wirtschaftliches Bauen. Anlässlich der Tagung des Deutschen Ausschusses für Wirtschaftliches Bauen veranstaltete heute nachmittag die Gemeinde einen Empfang im Festsaal des Neuen Rathauses. An diesem nahmen unter anderen teil: Vizebürgermeister Emmerling, die amtsführenden Stadträte Richter, Speiser und Weber, Landtagspräsident Hellmann, Präsident Stegemann (Leipzig), Rektor Professor Ingenieur Hartmann, Generalsekretär Willford vom Ingenieur- und Architektenverein und Stadtbauinspektor Ingenieur Dr. Musil.
.....

Geehrte Redaktion!

Im Rahmen der von den deutschen Städteverwaltungen durchgeführten Werbeaktion für die Reinhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen ladet amtsführender Stsdtrat Karl Richter zu der übermorgen Freitag stattfindenden

P r e s s e b e s i c h t i g u n g

aller in der letzten Zeit im Strassenreinigungsdienst neueingestellten Maschinen und Fahrzeuge ein. Zusammenkunft pünktlich um 15 Uhr Rathauseingang Lichtenfelsgasse.

Es wird ersucht, einen Vertreter Ihres geschätzten Blattes zu dieser Pressebesichtigung bestimmtest zu entsenden.

Achtet auf die Reinheit der Stadt!

Ein Aufruf an die Wiener Bevölkerung.

Kommenden Samstag veranstalten die deutschen Städte einen Propagandatag für die Reinhaltung der Strassen, Plätze und Wege seitens der Passanten. Der Appell, der an die Bevölkerung gerichtet wird, lautet:

In Deiner Hand liegt die Reinheit Deiner Stadt!

Die deutschen Städte versuchen mit dieser Werbung, die Bevölkerung erfolgreich aufzurufen, die öffentlichen Verkehrsflächen nicht durch Wegwerfen von Papierresten, Obstresten, gebrauchten Fahrscheinen und dergleichen zu verunreinigen. Auch die Direktion des Wiener städtischen Strassenreinigungsbetriebes hat sich dieser nicht unberechtigten Aktion der deutschen Städte angeschlossen und ruft die gesamte Bevölkerung Wiens auf, sie bei der Reinhaltung der Verkehrsflächen tatkräftigst zu unterstützen. Trotzdem in den verbauten Gebieten Wiens von der Gemeinde bis heute nicht weniger als 6000 Abfallsammelkörbe fast an jeder Strassenkreuzung und bei jeder Strassenbahnhaltestelle aufgestellt worden sind, die insgesamt ungefähr 900 Kubikmeter Abfall aufnehmen, muss leider vielfach beobachtet werden, dass viele Passanten entgegen der von der Stadtverwaltung angestrebten Reinhaltung der Strassen, Plätze und Wege die Verkehrsflächen durch Wegwerfen von Papierresten, Obstresten und sonstigen Abfällen noch immer verunstalten. Diese Unsitte macht nicht nur auf die Fremden, sondern auf jeden Kulturmenschen überhaupt den schlechtesten Eindruck und sollte insbesondere im Interesse des Fremdenverkehrs gänzlich vermieden werden. Dazu kommt noch, dass durch weggeworfene Obstreste, Obstschalen und Kerne auch die Sicherheit der Fussgänger ausserordentlich gefährdet wird. Es wird daher an die Bevölkerung der dringende Appell gerichtet, auf die Reinheit der Stadt gewissenhaft zu achten und selbst das kleinste Papierrestchen in den Abfallsammelkorb zu werfen. Im Interesse der Propaganda wird am Samstag auch die Wiener Schuljugend über die Bedeutung der Reinhaltung der Verkehrsflächen in den Schulen entsprechend aufgeklärt werden.

Wien, am Mittwoch, den 22. Mai 1929 Zweite Ausgabe

.....

Starkes Auslandsinteresse für das neue Wien. Viele ausländische Körperschaften haben die Pfingstfeiertage zu Studienreisen nach Wien benützt, um ihren Mitgliedern Gelegenheit zu geben, das neue Wien kennen zu lernen. So hat unter anderem die Bodbacher Bildungsvereinigung "Urania" eine Pfingstfahrt nach Wien unternommen, an der gegen 200 Mitglieder aus der mährisch-sächsischen Schweiz teilnahmen. Die Gäste besichtigten mit grossem Interesse die bedeutenden städtischen Wohnhausbauten, die neuen Schöpfungen auf dem Gebiete des Fürsorgewesens und sonstige neue kommunale Einrichtungen. Die Arbeiter des Grazer städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes haben ebenfalls zu Pfingsten eine Studienfahrt nach Wien unternommen, an der gegen 120 Arbeiter mit ihren Frauen teilnahmen. Auch diese Reisegesellschaft besichtigte eingehend das neue Wien. Das lebhafteste Interesse fanden die Schöpfungen des neuen Wien auch bei den Berliner Reichsbannerleuten, die gestern Dienstag im Gemeinderatssitzungssaal von Vizebürgermeister Emmerling begrüsst wurden. Für die Gäste dankte Popper (Berlin). Beide Redner feierten den Anschlussgedanken.

.....

Gasvergiftung in der Pragerstrasse. Vor einigen Tagen erlitt das Ehepaar Schwarz in Florisdorf in der Pragerstrasse 77 eine Gasvergiftung. Es wurde damals vermutet, dass sich der Unfall durch Sicker gas, das von der Strasse eingedrungen sei, ereignet habe. Die städtischen Gaswerke haben nun nach genauer Untersuchung festgestellt, dass Leuchtgas nicht die Ursache der Vergiftungserscheinungen gewesen sein kann. Es dürfte vielmehr Kohlenoxyd gas aus einem schlechtfunktionierenden Kohlenherd in die Wohnung gedrungen sein.

.....

Stadiongeländelauf der Fortbildungsschuljugend. Die Turngruppen an den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen veranstalten am kommenden Sonntag einen Stadiongeländelauf. Die Laufstrecke für Schüler beträgt tausend Meter und führt vom Sportplatz der Cricketer in der Kriau über die Meiereistrasse, einen Teil der Hauptallee, am Stadiongedenkstein vorbei, durch den westlichen Teil des Stadiongeländes wieder auf den Cricketerplatz zurück. Die Strecke für Schülerinnen ist ungefähr 500 Meter lang. Im Anschluss an das Laufen finden auf dem Cricketerplatz Laufkonkurrenzen statt. Als Preise sind für die besten Drei in jedem Bewerb Medaillen vorgesehen. Die Teilnahme an den Bewerben steht allen Fortbildungsschülern und Schülerinnen offen. Die Teilnehmer treffen sich um 9'30 Uhr bei der Endstation der Strassenbahn bei der Hauptallee. Der Start erfolgt um 10 Uhr. Bei schlechter Witterung findet der Geländelauf am Sonntag, den 2. Juni statt.

Wien, am Donnerstag, den 23. Mai 1929

Erste Ausgabe

.....

Die Verfassungsmässigkeit des Theatergesetzes. Bekanntlich hat die Bundesregierung mehrere Bestimmungen des Wiener Theatergesetzes beim Verfassungsgerichtshof angefochten. Vor allem hat sie hier wie bei der Anfechtung des Kino- und des Schubgesetzes den Standpunkt vertreten, dass durch Landesgesetz der Bundespolizei bisher geführte Agenden nicht abgenommen werden dürfen. Diesen Haupteinwand gegen die Verfassungsmässigkeit hat der Verfassungsgerichtshof in Uebereinstimmungen mit drei früheren Entscheidungen für unrichtig erklärt und daher die Anfechtung in dieser Richtung abgewiesen. Desgleichen hat er die Anfechtung der Bestimmung, wonach anlässlich der Verleihung einer Theaterkonzession zur Sicherstellung der Ansprüche der Angestellten eine Kautionsverpflichtung verlangt werden kann, abgewiesen, weil zu dieser zivilrechtlichen Bestimmung das Landesgesetz berechtigt war; ebenso die Anfechtung einer Bestimmung über die Theatergarderoben, die gleichfalls kein Eingriff in die Bundesgesetzgebungskompetenz ist. Dagegen hat er der Anfechtung insoferne stattgegeben, als die Worte "Festzüge" und "Glückshäfen" aus der Aufzählung der anmeldepflichtigen Veranstaltungen zu streichen sind, weil die Festzüge nur durch das Versammlungsgesetz geregelt werden und die Glückshäfen unter das Lottaregal des Bundes fallen. Schliesslich hat der Verfassungsgerichtshof auch insoferne der Ansicht der Bundesregierung beigepflichtet, als er die im Gesetz vorgesehenen Arbeiterschutzbestimmungen für verfassungswidrig, weil nicht in die Kompetenz der Landesgesetzgebung, sondern in die der Bundesgesetzgebung fallend, erklärt hat. Er fügt allerdings in seiner Entscheidung hinzu, es sei "gewiss bedauerlich, dass bisher solche Schutzvorschriften für das Theater fehlen". Die vorsichtshalber gemachte Einwendung, dass die einstweilige Bundesregierung - die Regierung Seipel hat das Landesgesetz nämlich erst nach ihrer Demission angefochten - zur Anfechtung nicht legitimiert sei, hat der Verfassungsgerichtshof zurückgewiesen und erklärt, dass die einstweilige Bundesregierung die gleichen Rechte habe wie die Bundesregierung vor der Demission.

.....

Schulinspektion. Der Stadtschulrat für Wien hat vorbehaltlich der Genehmigung durch das Unterrichtsministerium auf die Dauer der Erkrankung des Bezirksschulinspektors Regierungsrat Theodor Steiskal die Inspektion sämtlicher öffentlichen und privaten Volksschulen für Knaben, der unter gemeinsamer Leitung stehenden Volksschulen für Knaben und Mädchen sowie der Sonderschulen des III., IV. und XI. Gemeindebezirkes dem Bezirksschulinspektor Dr. Heinrich Vokolek übertragen.

.....

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Freitag um 18 Uhr bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

.....

Wien, am Donnerstag, den 23. Mai 1929

Zweite Ausgabe.

3693 Ausrückungen der Wiener städtischen Feuerwehr. Die städtische Berufsfeuerwehr hat im vergangenen Jahre 3693 Ausrückungen zu verzeichnen. Die meisten Ausfahrten waren zu Bränden. Sie wurde zu 5 Grossbränden, 56 Mittelbränden, 1002 Kleinbränden und 296 Rauchfangbränden alarmiert. Von diesen waren 5 Mittelfeuer und 4 Kleinf Feuer ausserhalb des Stadtgebietes. Bemerkenswert ist, dass gegenüber 1927 die Zahl der Grossfeuer bedeutend zurückgegangen ist. Während im abgelaufenen Jahr in Wien 5 Grossbrände waren, hat das Jahr 1927 16 zu verzeichnen. Die anderen Ausrückungen galten Hilfeleistungen bei Baugebrechen, Gefährdung von Menschen und Tieren, Verkehrsstörungen und bei Unfällen. In 29 Fällen wurde die Feuerwehr böswillig falsch alarmiert.

Das Wiener Wertzuwachsabgabegesetz verfassungsmässig. Anlässlich mehrerer Beschwerden gegen die Vorschreibung von Wertzuwachsabgaben hat der Verfassungsgerichtshof entschieden, dass das Wiener Wertzuwachsabgabegesetz verfassungsmässig ist, und alle Beschwerden abgewiesen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden auf der Landstrasse die Metternichgasse und Jauresgasse und in Ottakring die Friedmanngasse, Schellhamnergasse, Dettegasse, Weyprechtgasse und Thelemanngasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

Von den Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt findet am Samstag, den 25. Mai, um 18 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Favoriter tritt am Freitag, den 31. Mai, um 16 Uhr zusammen.

Gegen 700 Schüler auf Studienfahrt in Wien. In der letzten Zeit haben zahlreiche Schüler und Schülerinnen von den verschiedensten Lehranstalten des Auslandes und der Bundesländer studienhalber Wien besucht. Der Rekordbesuch hält auch diese Woche an. So beherbergt die städtische Schülerherberge in der Unteren Augartenstrasse in diesen Tagen nicht weniger als 676 Gäste. Es sind Klagenfurter, Chemnitzer, Agramer, Salzburger, Berliner, Nürnberger, Innsbrucker und St. Gotthardter Bürgerschüler, Handelsschüler, Fortbildungsschüler, Mittelschüler und Zöglinge von Lehrerbildungsanstalten. Ausserdem haben auch 40 bulgarische Schulinspektoren in der Schülerherberge Aufenthalt genommen. Sie sind zum Studium des Wiener und österreichischen Schulwesens nach Wien gekommen.

Gemeindevermittlungsamt Neubau. Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 5., 12., 19. und 26. Juni im Büro des Bezirksvorstehers statt.

Wien, am Freitag, den 24. Mai 1929

.....

Prager Stadträte studieren die Wiener Gemeindevorrichtungen. Dienstag sind in Wien unter Führung des Vizebürgermeisters Kellner acht Mitglieder des Prager Stadtrates, darunter zwei Frauen, eingetroffen. Die Abordnung wurde von der Prager Stadtvertretung beauftragt, die neuen Schöpfungen der Wiener Stadtverwaltung zu besichtigen und dann insbesondere über die Wohnungs- und Fürsorgepolitik der Gemeinde Wien aus ~~eigener~~ Anschauung zu berichten. Die Teilnehmer der Studienreise haben bereits eine Reihe von städtischen Wohnungs- und Siedlungsanlagen, das Amalienbad, die Kinderübernahmestelle, das Kinderheim Wilhelminenberg, die grossen Gemeindeunternehmungen und den Strassenreinigungsbetrieb besucht. Morgen Samstag werden städtische Schulen besichtigt. Heute Freitag wurden die Gäste in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Emmerling im Rathaus empfangen. An dem Empfang nahmen auch der Wiener Gesandte der tschechoslowakischen Republik Vavrečka, Vizebürgermeister Hoss und die Wiener Gemeinderäte Machat, Stein und Vavrousek teil. In seiner Begrüssungsansprache hob Vizebürgermeister Emmerling vor allem die Solidarität der Städte hervor. Die Städte sind sich über das zu erreichende Ziel einig, wenn sie auch verschiedene Wege gehen. Vizebürgermeister Kellner (Prag) sagte, seine Kollegen haben durch das Studium der Wiener kommunalen Einrichtungen die Ueberzeugung gewonnen, dass die Wiener Gemeindeverwaltung eine sehr grosse Arbeit leiste und von dem Bestreben geleitet sei, der Bevölkerung das Beste zu geben. Gesandter Vavrečka sprach den Wunsch aus, dass dieser Besuch zu einem innigen Kontakt zwischen Prag und Wien führen möge. Die Prager Stadträte begeben sich am Sonntag wieder in ihre Heimatstadt.

.....

Strassenbahnrennzüge in die Freudenau. An Renntagen werden bei Bedarf zur Verstärkung des Verkehrs zwischen der Rotundenbrücke und dem Freudenauer Rennplatz Einlagezüge der städtischen Strassenbahn mit dem Zeichen "180" in Verkehr gesetzt.

.....

Gemeindefreiplätze an der Hochschule für Welthandel. Für das Studienjahr 1929/30 werden fünf Freiplätze der Gemeinde Wien an Hörer der ersten zwei Semester der Hochschule für Welthandel in Wien verliehen. Zur Bewerbung sind in Wien heimatberechtigte bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staatsgewerbeschulen, die die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben und ein tadelloses sittliches Betragen aufweisen, berufen. Die Gesuche, die an den Wiener Magistrat, Abteilung VIII, zu richten sind, müssen vom 1. bis einschliesslich 13. Juli bei der Hochschule für Welthandel, XIX., Felix Mottlstrasse 1c, eingereicht werden. Anzuschliessen sind der Geburts- (Tauf-) und Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis, aus dem die Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Bewerbers und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen, insbesondere auch der allfällige Geruss von Stipendien oder Freiplätzen des Einschreiters oder seiner Geschwister zu ersehen sind, ferner die letzten Studienzeugnisse und das Zeugnis über die Reifeprüfung.

.....

Koch- und Haushaltungsschule. In der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien VI., Brückengasse 3, werden für das kommende Schuljahr schon jetzt Vormerkungen entgegen genommen. Fernruf B 25-4-19.

.....

.....
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tagt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat. Der Wiener Gemeinderat hält am Freitag um 17 Uhr Sitzung.

.....
Schalterdienst in der städtischen Hauptkassa. Vom 15. Mai bis 15. September werden die Schalter der Hauptkassa der Stadt Wien an Samstagen um 11 Uhr vormittags geschlossen.

.....
Vorsicht bei Ankauf von nicht fabriksneuen Lastkraftwagen. Bekanntlich haftet der Käufer eines nicht fabriksneuen Personenkraftwagens für die rückständige Automobilabgabe des Vorbesitzers. Wiederholt wurden Personenkraftwagen durch Umbau in Lastkraftwagen umgewandelt und sind als solche zum Verkauf gelangt. Der Käufer unterliess es sich zu erkundigen, ob ein Rückstand an Automobilabgabe vorhanden ist, und wurde dann durch den Haftungszahlungsauftrag sehr überrascht, der ihm die Zahlung der rückständigen Abgabe vorschreibt. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, dass durch den Umbau eines Personenkraftwagens in einen Lastkraftwagen die Haftung des Nachfolgers nicht erlischt. Es ist nicht nur durch eine Anfrage beim Magistrat, sondern auch durch genaue Einsichtnahme in das Typenprüfungszeugnis festzustellen, ob es sich um einen von vorneherein als Lastkraftwagen gebauten oder um einen aus einem Personenkraftwagen umgebauten Wagen handelt. Es empfiehlt sich jedenfalls, vor Ankauf eines gebrauchten Lastkraftwagens bei der Magistratsabteilung 5, Kraftwagenabgabe, unter Vorlage des Typenprüfungszeugnisses anzufragen, ob Rückstände an Kraftwagenabgabe vorhanden sind.

.....
Werktagsfahrpreis zu Fronleichnam auf der Strassenbahn und Stadtbahn. Am kommenden Donnerstag, Fronleichnam, gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Werktagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Arbeitslosenfahrtscheine und Fürsorgefahrtscheine sind gültig. Die Rückfahrtscheine und Wochenkarten können für die Rückfahrt schon vor 11 Uhr vormittags an verwendet werden. Schüleranweisungen hingegen sind ungültig. Auf den Linien zum Freudenauer Rennplatz und zum Lusthaus wird der erhöhte Sonderfahrpreis wie bei Rennen an Werktagen eingehoben.

.....
Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum geschlossen. Die Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Rathauses ist vom 27. Mai bis 22. Juni geschlossen.

.....

Wien, am Samstag, den 25. Mai 1929 Zweite Ausgabe

Ein Riesengasometer für die städtischen Gaswerke.Ein neues Wahrzeichen der Stadt Wien.

Ende dieses Jahres wird Wien ein Bauwerk besitzen, das wegen seiner Grösse und seiner eigenartigen Konstruktion besonders bemerkenswert ist. Es ist dies der im städtischen Gaswerk Leopoldau im Bau befindliche Gasbehälter, der einen Fassungsraum von 300000 Kubikmeter aufweisen wird. Die Grundrissform ist ein Polygon mit 24 Ecken und einem Durchmesser von 68 Meter. Die Gesamthöhe des Gasometers wird 106 Meter sein, zehn Meter höher als die Votivkirche. Die Türme der Votivkirche werden in dem Gasbehälter bequem Platz finden. Die Konstruktion des Behälters weicht von der früheren Bauweise insofern ab, als der neue Behälter kein Wasserbecken mehr besitzen wird, das den Nutzinhalt des Behälters sehr verringert. Die Aufspeicherung des Gases erfolgt im neuen Gasometer unter einer Scheibe, die wie ein Kolben entsprechend dem grösseren oder geringeren Gasinhalt in dem Behältergehäuse sich hebt oder senkt. Die Abdichtung der Scheibe gegen den darunter befindlichen Gasraum erfolgt durch eine mit Teer bespülte Tasse. Das Gesamtgewicht des mit Ausnahme des Fundaments ganz in Eisen hergestellten Behälters beträgt 250 normale Eisenbahnwaggons. Die Montierung des Behälters, dessen Kosten sich voraussichtlich auf vier Millionen Schilling belaufen, stellt eine Glanzleistung der Bauingenieurkunst dar. Das Bemerkenswerteste ist, dass zur Montierungsarbeit Hängegrüste verwendet werden, die mit dem wachsenden Baufortschritt in die Höhe gehen, so dass die sonst übliche vollständige Einrüstung des Bauwerkes vollkommen vermieden und überflüssig ist. Interessant ist noch, dass unmittelbar nach Fertigstellung des Behälterbodens sofort an die Herstellung der Behälterscheibe und des Daches geschritten wird und dass nach Vollendung dieser Teile erst die Behälterwände zum Aufbau gelangen. In dem Masse, als die Höhe des Behältergehäuses fortschreitet, werden auch Scheibe und Dach, die zusammen eine Million Kilogramm wiegen, durch Luftdruck gehoben. Der im Gaswerk Leopoldau zur Errichtung kommende Behälter wird in Europa an Grösse nur von einem im Ruhrgebiet stehenden Behälter übertroffen, der einen Fassungsraum von 350.000 Kubikmeter besitzt. Der neue Riesengasometer soll Ende Herbst fertiggestellt sein.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Rathauses spricht morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags Dr. Kubelka über "Mutterschutz in Oesterreich". Eintritt frei.

Gemeinderat Eduard Schütz gestorben. Heute Samstag ist der sozialdemokratische Gemeinderat Eduard Schütz einem Herzschlag erlegen. Gemeinderat Schütz wohnte der Enthüllung des Grabmales für den Abgeordneten Wiedenhofer auf dem Ottakringer Friedhof bei. Während der Feierlichkeiten erlitt er einen Schlaganfall. Er wurde sofort in seine Wohnung gebracht, wo er kurz darauf verschied. Der so plötzlich Dahingegangene war als Vertreter der Ottakringer Arbeiterschaft seit dem Jahre 1918 ohne Unterbrechung Mitglied des Gemeinderates. Er entfaltete insbesondere im Ausschuss für technische Angelegenheiten eine sehr eifrige Wirksamkeit. Er hat sich auch als Obmann des gemeinderätlichen Komitees bleibende Verdienste um die Popularisierung des Wettbewerbes der Stadt Wien zur Ausschmückung der Fenster und Balkone mit Blumen erworben. Im Gemeinderat und im öffentlichen Leben war der Verstorbene infolge seiner strengen Sachlichkeit und persönlichen Liebenswürdigkeit allgemein geachtet. Gemeinderat Schütz war vom Beruf Eisendrehergehilfe und stand im 55. Lebensjahr.

Schülerfahrtbegünstigungen auf der Strassenbahn. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen macht neuerlich darauf aufmerksam, dass es sich empfiehlt die Ansuchen um Schülerfahrtbegünstigungen auf der städtischen Strassenbahn für das kommende Schuljahr schon jetzt, jedenfalls aber noch vor Schluss des laufenden Schuljahres einzubringen. Für die zeitgerechte Erledigung der im Juli und August oder gar erst nach Schulbeginn eingebrachten Fahrtbegünstigungsansuchen kann nicht gebürgt werden.

Die Gebühren für die Fleischbeschau. Für die Zeit vom 1. bis 30. Juni beträgt die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch 1'81 Schilling. Die gleiche Grundgebühr wird für die tierärztliche Untersuchung von Tieren eingehoben, die in einer Wiener Eisenbahn- oder Schiffstation ein- oder ausgeladen werden.

Wien, am Montag, den 27. Mai 1929

.....

Goldene Hochzeiter. Die Ehepaare Eduard Elias und Malvine Frischauer, Julius und Marie Hofbauer, Wenzel und Juliane Kouba, Franz und Barbara Nemehskal, Johann und Theresia Rzimatschek, Franz und Marie Schipp, Paul und Katharina Schwarz und Franz und Franziska Werner feierten in den letzten Tagen das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte dem Jubelpaaren amtsführender Stadtrat Richter die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....

Sonntag fast zwei Millionen Strassenbahnfahrergäste. Um allen Anforderungen eines starken Sonntagsverkehrs gerecht werden zu können, wurden am letzten Sonntag von der Betriebsleitung der städtischen Strassenbahnen zur Bewältigung des infolge des Schönwetters erwarteten Massenandranges umfangreiche Vorbereitungen getroffen. Die Strassenbahn und Stadtbahn wurden am Sonntag vormittag verhältnismässig stark benützt; die Frequenz am Nachmittag jedoch blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Schätzungsweise wurden am letzten Sonntag gegen 1'9 Millionen Fahrgäste von der Strassenbahn und Stadtbahn befördert. Die Strassenbahndirektion hat insgesamt 3130 Strassenbahnwagen und 380 Stadtbahnwagen, das sind 88 Prozent des gesamten Fahrparkes, in Betrieb gesetzt. Eine vorübergehende Verkehrsstörung ergab sich nach 20 Uhr infolge des Unfalles in der Station Schwedenbrücke, wo eine Frau beim Abspringen aus einem fahrenden Stadtbahnzug tödliche Verletzungen erlitt.

.....

Subventionen der Gemeinde Wien. Der städtische Finanzausschuss hielt heute Montag Sitzung, in der wieder eine Reihe von Gemeindesubventionen beschlossen wurde. So erhält der Verein Wiener Tonkünstlerorchester eine Subvention von 4000 Schilling. Für die Fortsetzung der Grillparzer Ausgabe bewilligte der städtische Finanzausschuss zu Handen der Akademie der Wissenschaften eine Subvention von 3000 Schilling. Der österreichische Flugtechnische Verein wurde mit 1000 Schilling subventioniert. Die gleiche Subvention erhält die Oesterreichische Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden in der Leopoldstadt die Rembrandtstrasse, Förstergasse, Haasgasse, Zwerggasse und Krachgasse, in Margareten die Wimmergasse, Vogelsangasse und Fendigasse und schliesslich in Rudolfsheim die Avedikgasse, Zollernsperggasse, Kauergasse, Lehnertgasse, Rusten- gasse, Rustensteg, Pereiragasse, Tossgasse und Denglergasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

.....

Starker Besuch der städtischen Schülerherberge. In dieser Woche sind in der städtischen Schülerherberge in der Unteren Augartenstrasse nicht weniger als 449 Gäste angemeldet. Darunter sind ungarische Bürgerschüler, eine Reisegruppe des jugoslavischen Volksschullehrervereines aus Belgrad, Berliner Mittelschüler, eine Abordnung tschechoslowakischer Taubstummenlehrer, die Wien studienhalber besuchen.

.....

Wien, am Dienstag, den 28. Mai 1929

.....
Jubilare der Ehe. Vor einigen Tagen feierte das Ehepaar Georg und Anna Theresia Elich seine diamantene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte dem Jubelpaar amtsführender Stadtrat Richter die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....
Ökonomie des Röntgenbetriebes. Der Vorstand des Zentralröntgeninstitutes im Krankenhaus der Stadt Wien Primararzt Dr. August Schönfeld hat ein äusserst interessantes Buch über die Ökonomie des Röntgenbetriebes verfasst, das im Oechelhäuser Verlag, Kempten-München erschienen ist. Der Verfasser bringt das Streben nach einer ökonomischen Gestaltung jedes Betriebes auf den Röntgenbetrieb und im weiteren Ausmass auch auf den Sanitätsbetrieb überhaupt in Anwendung. Er zeigt auf Grund seiner 5jährigen Erfahrung die Ökonomie des Raumes, der Produktionsmittel, des Materials, des Personals und der Zeit und bringt am Schluss Quantitätsziffern, die mit Hilfe einer durchgearbeiteten Betriebsstatistik den Verbrauch erfassen und erkennen lassen, ob ein Betrieb ökonomisch arbeitet oder nicht. Der berechtigte Wunsch aller an einem solchen Betrieb interessierten Faktoren, zu wissen, wie die ökonomische Bearbeitung eines Röntgenbetriebes zum Nutzen des Betriebes, des Patienten und der Gesellschaft geführt werden soll, wird durch eine klare Darlegung von Tatsachen und Zusammenhängen erfüllt. Der Verfasser verlangt, dass als Vorstände der kostspieligen Röntgenbetriebe nicht nur ärztlich und technisch, sondern auch ökonomisch ausgezeichnet geschulte Aerzte in Betracht gezogen werden, und fordert die Ausbildung der Aerzte und des Hilfspersonals auch in der Betriebswirtschaftslehre. Primararzt Dr. Schönfeld tritt in seinem Werk der Meinung entgegen, dass die wirtschaftliche Führung eines ärztlichen Betriebes unärztlich, unwissenschaftlich und einer eingehenden Beschäftigung unwert sei und sie einen Arzt geradezu degradiere. Er fordert schliesslich die Betriebswirtschaftslehre für den Krankenhausbetrieb und im weiteren Verfolg für das Sanitätswesen überhaupt. Das 448 Seiten starke Buch enthält viele lehrreiche Tabellen.

.....
Fortbildungsschulfondsbeitrag. Laut Beschluss des Fortbildungsschulrates für Wien trägt die Fortbildungsschulfondsumlage für das laufende Verwaltungsjahr 17 Prozent der Erwerbssteuer und Körperschaftssteuer. Der Beitrag ist von den Gewerbetreibenden einschliesslich der der Gewerbeordnung nicht unterliegenden gewerbmässig betriebenen Unternehmungen, soweit sie zur Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie beitragspflichtig sind, zu entrichten.

.....

Stadtrat Tandler in New York. Wie schon berichtet, nimmt Stadtrat Professor Dr. Tandler an dem Internationalen Hospitalkongress in Atlantis City teil. Er hat zur Ueberfahrt den Hapagdampfer "Deutschland" benützt und ist gestern in New York eingetroffen.

.....

Abendimpfungen. Wie das städtische Gesundheitsamt mitteilt, nimmt die Impfstoffgewinnungsanstalt, XVI., Possingergasse 38, um auch denjenigen Personen, die tagsüber in Arbeit sind, die Impfung, beziehungsweise Wiederimpfung zu ermöglichen, von nun an bis 1. Juli ausser den bisherigen Impfstunden auch jeden Mittwoch von 19 Uhr bis 20 Uhr unentgeltliche Impfungen vor.

.....

10 Jahr Invalidenentschädigungskommission. Am 1. Juni sind es zehn Jahre, dass das Invalidenentschädigungsgesetz in Kraft ist und die Invalidenentschädigungskommission errichtet wurde. Aus diesem Anlass ist im Verlag der Staatsdruckerei ein Buch erschienen, in dem die Durchführung der Kriegsbeschädigtenfürsorge in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland seit ihren Anfängen im Jahre 1914 geschildert wird, wobei die auf dem Gebiete dieses Fürsorgezweiges von der städtischen Beratungsstelle für Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebene, von der seinerzeitigen Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide, Landesstelle Wien, von der niederösterreichischen Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger, der Invalidenentschädigungskommission und der Magistratsabteilung 11 entwickelte Tätigkeit besonders berücksichtigt wird. Etliche statistische Tabellen versuchen das Bild zu vervollständigen, sodass das Buch als erster Versuch einer systematischen Darstellung der Kriegsbeschädigtenfürsorge und somit als bescheidener Beitrag dieser Kulturgeschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit gewertet werden kann.

.....

Gemeindefreiplätze an der Schule für freie und angewandte Kunst. Vom kommenden Studienjahr angefangen wird an der Schule für freie und angewandte Kunst des Vereines "Wiener Frauenakademie und Schule für freie und angewandte Kunst" ein Halbfreiplatz der Gemeinde Wien verliehen. Dieser befreit von der Entrichtung des halben Schulgeldes, nicht aber von der Zahlung der Einschreibgebühr und des Lehrmittelbeitrages. Zum Genuss dieses Freiplatzes sind nur unbemittelte Schülerinnen der genannten Lehranstalt berufen, die einen Hauptkurs besuchen. Hospitantinnen und Besucherinnen von Hilfs- und Fachkursen sind von der Verleihung des Freiplatzes ausgeschlossen. Unter sonst gleichen Bedingungen, die in der Magistratsabteilung 8, I., Neues Rathaus, zu erfahren sind, haben nach Wien zuständige Gesuchstellerinnen den Vorzug.

.....

Wien, am Mittwoch, den 29. Mai 1929

.....

Bedeutender Rückgang der Schweinezufuhren. Wie die städtische Marktamtsdirektion berichtet, sind vom 1. März bis heute im Vergleich zur korrespondierenden Zeit des Vorjahres die Zufuhren an lebenden Schweinen auf dem Schweinemarkt in St. Marx bedeutend zurückgegangen. Die Zufuhren betragen im Vorjahr vom 1. März bis Ende Mai 214.223 Schweine; darunter waren 148.680 polnischer Konvenienz. Die heurigen Zufuhren betragen nur 173.622 lebende Schweine. Polen ist daran mit 124.343 beteiligt. Der Ausfall der Zufuhren an lebenden Schweinen macht daher vom 1. März bis heute 40.601 Stück aus. Am stärksten sind die Zufuhren aus Polen zurückgegangen. Dieser Rückgang macht nicht weniger als 24.337 Stück aus. Der Ausfall ist hauptsächlich auf die Auswirkung des Vertrages mit dem polnischen Schweinesyndikat und auf den weiteren Umstand zurückzuführen, dass Polen bereits andere Absatzgebiete gefunden hat. Die Preise für Fleischschweine sind infolge der gedrosselten Zufuhren um 60 Groschen per Kilogramm Lebensgewicht höher als im Vorjahr. Auch bei den Fleischzufuhren in die Grossmarkthalle ist ein bedeutender Ausfall gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Die Zufuhren von Rind-, Kalb- und Schweinefleisch sowie von Kälbern und Schweinen betragen im Vorjahr vom 1. März bis 26. Mai 9.549.670 Kilogramm. Davon kamen 4.794.790 Kilogramm aus Polen. Heuer hingegen wurden vom 1. März bis 25. Mai nur 8.325.005 Kilogramm zugeführt. Von diesen sind nur 2.209.935 Kilogramm polnischer Konvenienz. Der Rückgang überhaupt macht 1.224.665 Kilogramm aus. Den stärksten Ausfall verzeichnen wieder die polnischen Zufuhren. Diese sind um nicht weniger als 2.584.855 Kilogramm zurückgegangen.

.....

Leichenfeier für Gemeinderat Schütz. Wie schon gemeldet, ist am letzten Samstag Gemeinderat Eduard Schütz einem Schlaganfall erlegen. Die Leichenfeier findet am kommenden Samstag um 17 Uhr im Krematorium der Stadt Wien statt.

.....

Historisches Museum der Stadt Wien. Wie die Direktion der Städtischen Sammlungen mitteilt, bleibt das Historische Museum der Stadt Wien am kommenden Sonntag wegen der Eröffnungsfeier der Wiener Festwochen im Arkadenhof des Rathauses geschlossen.

.....

Strassenbahnablenkung. Wegen umfangreicher Gleisarbeiten auf dem Schwedenplatz werden vom nächsten Samstag an auf einige Tage die Züge der Linien AK und BK in beiden Fahrtrichtungen über die Aspernbrücke geführt. Der Verkehr der Linie O über die Schwedenbrücke bleibt hingegen unverändert.

.....

Wien, am Freitag, den 31. Mai 1929

n

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 31. Mai 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Er hält zunächst dem am letzten Samstag plötzlich dahingegangenen Gemeinderat Eduard Schütz einen tiefempfundenen Nachruf, der vom Haus stehend angehört wird.

Dann wird eine Reihe von Anträgen ohne Debatte genehmigt. Die Zeitschrift für Heilpädagogik "Eos" erhält eine Subvention von fünfhundert Schilling. Der Oesterreichische Flugtechnische Verein wird mit tausend Schilling subventioniert, der Verein Wiener Tonkünstlerorchester mit viertausend Schilling und für die Fortsetzung der Grillparzer Ausgabe wird zu Händen der Akademie der Wissenschaften eine Subvention von dreitausend Schilling bewilligt. Das Bauprogramm 1929 für die Siedlungsanlagen Laaerstrasse, Lockerwiese und Flötzersteig wird ebenfalls ohne Debatte genehmigt. Ebenso die Errichtung einer Gartenanlage auf dem Gelände des ehemaligen städtischen Steinlagerplatzes an der Oberen Donaustrasse, der Neubau der Kastanienallee, des Ahornhofes, der Cumberlandstrasse, Leysstrasse, Astgasse, Mitisgasse zwischen Hütteldorferstrasse und Heinrich Collinstrasse, der Heinrich Collinstrasse zwischen der Mitisgasse und der Gusenleithnergasse und schliesslich der Moosbachergasse zwischen der Hütteldorferstrasse und der Gusenleithnerstrasse.

GR. Ingenieur Dr. Hengl (E.L.) hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: Der aussergewöhnliche Winter hat in den Wiener Weingärten enorme Schäden verursacht. Von den älteren, höher gelegenen Weingärten sind viele derart beschädigt, dass nur ein geringer Bruchteil der Stöcke überhaupt austreibt, so dass diese Weingärten gerodet werden müssen. Aber auch jene jungen Weingärten, die während der strengsten Kälte schneefrei waren, sind schwer geschädigt und bedürfen einer weitgehenden Erneuerung. Nicht nur der Grossteil der heurigen Ernte ist verloren, sondern auf Jahre hinaus werden sich diese Schäden auswirken, denn mindestens 5 bis 6 Jahre werden vergehen, bis die Neukulturen wieder in Ertrag kommen werden. Hunderte von arbeitsamen Hauerfamilien ringen infolge dieser Wetterkatastrophe um ihre Existenz, insbesondere die kleinen Hauer, die infolge der geringen Ernten der Jahre 1926 und 1927 arg verschuldet sind wurden schwer betroffen. Aber auch die grösseren, meist auch bereits tief verschuldeten Betriebe sind - wenn nicht ausgiebig von den öffentlichen Körperschaften mitgeholfen wird - ausserstande, diese grosse Kapitalien erfordernden Erneuerungen durchzuführen und werden gezwungen sein, den Grossteil ihrer Arbeitskräfte zu entlassen. Rasche und ausgiebige Hilfe ist notwendig, soll dieser wichtige Zweig der heimischen Bodenproduktion erhalten bleiben. Ehestens müssen die Schäden von Weinbau-Fachleuten erhoben und durch Gewährung von langfristigen, unverzinslichen Darlehen die Möglichkeit gebo-

ten werden, die Regenerierung der Weingärten durchzuführen. Es muss aber auch der völlig unhaltbare Zustand beseitigt werden, dass die in Not befindlichen Weinbautreibenden aus Eigenem die Nahrungs- und Genussmittelabgabe bezahlen müssen, die sie wegen der geringen Kaufkraft der weintrinkenden Bevölkerung nicht auf die Konsumenten überwälzen können, sodass sich diese Abgabe entgegen dem Willen des Gesetzgebers als direkt produktionshemmend auswirkt. Die Gefertigten stellen daher den dringlichen Antrag: Der Gemeinderat wolle beschliessen: 1. Auf Grund von Erhebungen durch Fachleute der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften ist von der Gemeinde eine auszeichnende Notstandsaktion einzuleiten, die den Weinbautreibenden die Möglichkeit der Erneuerung der Weingärten sichert; 2. für die Dauer des Notstandes, mindestens aber durch zwei Jahre, verzichtet die Gemeinde Wien auf die Einhebung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe in den Buschenschänken der Wiener Hauer. In formaler Beziehung wird die dringliche Behandlung beantragt,

GR. Dr. Friedjung referiert über die Errichtung einer Sportplatzanlage in der Freihofsiedlung Kagran (Kostenaufwand ungefähr 60.000 Schilling).

GR. Dr. Wagner (E.L.) bemerkt, jedes Vorhaben der Gemeinde, neue Spiel- und Sportplätze zu gründen, sei zu begrüßen. Umso bedauernswerter ist es, dass die Gemeindeverwaltung, die unter Aufwendung ungeheurer Summen ein Stadion zur Erziehung der Jugend erbaut, dem Bund bei seinem Plan einen grossen Spielplatz in Schönbrunner Fasangarten zu errichten, die grössten Schwierigkeiten bereitet. Vor einem Jahr ist bereits der Antrag an den Magistrat gestellt und die Baupläne sind eingereicht worden und obwohl die Bauordnung vorschreibt, dass wenn die Baupläne nach den Vorschriften der Baubehörde eingereicht sind, die Genehmigung binnen 14 Tagen zu erteilen ist, ist die Baubewilligung bis heute nicht erteilt. Das ist ein Skandal. Es handelt sich um einen Spielplatz für die Mittelschuljugend. Die Bundesregierung will die ganze Anlage auf eigene Kosten durchführen. Bei der ersten Kommissionierung ist der Magistrat an die Bundesregierung mit dem Ansinnen herangetreten, dass die Baubewilligung nur dann erteilt beziehungsweise die Bestimmungen des Parkschutzgesetzes für dieses Gebiet ausser Kraft gesetzt werden, wenn der Bund vertragsmässig einwilligt, einen Tag in der Woche den Fürsorgeeinrichtungen der Gemeinde Wien und den Volksschülern zur Verfügung zu stellen. Bei der zweiten kommissionellen Verhandlung im Februar dieses Jahres erklärten die Magistratsvertreter auf diesen ihren Standpunkt beharren zu müssen. Dieses Ansinnen ist im Gesetz vollkommen unbegründet. Es ist dies eine Zumutung, die auf das allerschärfste zurückgewiesen werden muss. Die Änderung, die Bestimmungen des Parkschutzgesetzes in diesem Fall nicht ausser Kraft zu setzen, wenn dem Ansinnen der Gemeinde nicht nachgegeben wird, ist nichts als der Versuch einer achamlosen Erpressung. Der Redner stellt an den Bürgermeister die Frage, wie lange dieses Skandal noch andauern soll (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Friedjung weist die scharfen vom Gemeinderat Dr. Wagner gebrauchten Ausdrücke zurück und gibt zu bedenken, dass jedesmal wenn der Bund eine Zustimmung

zu einem **Verhaben** der Gemeinde Wien geben soll, der Gemeinde Wien das Leben schwer gemacht wird. Es ist unausweichlich, dass ein solches Verhalten des Bundes auf den gegenseitigen Verkehr auswirkt. Was die Errichtung des Spielplatzes im Fasangarten anbelangt, so ist, so weit es sich um die Errichtung von Gebäuden handelt, die Zustimmung der Gemeinde notwendig und es ist eine ganz falsche Ausdrucksweise von Erpressung zu sprechen, wenn die Gemeinde diese Zustimmung von gewissen Bedingungen abhängig macht. Hier handelt es sich darum, dass dieser Spielplatz nicht nur einer einzigen Schichte zugänglich gemacht werden soll. (Zwischenrufe bei der E.L. - GR. Dr. Wagner: Es geht doch die Gemeinde nichts an, was der Bund dort macht. Darf die Gemeinde erpressen? - Lebhaftes Zwischenrufe bei der Mehrheit. - GR. Eisinger: Es handelt sich um Volksschüler! Da sprechen Sie von Erpressen? Dr. Kolassa : Ihre Spielplätze sperren Sie ab). Wenn man von der Gemeinde die Zustimmung in einem wichtigen Punkt verlangt, muss man sich darüber in Verhandlungen einlassen. Hoffentlich wird es auch zu solchen Verhandlungen kommen und hoffentlich werden diese Verhandlungen zu einem gedeihlichen Ausgang führen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit) .

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Weigl referiert über die Bewilligung einer Subvention von tausend Schilling für die Oesterreichische Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage.

GR. Körber (E.L.) bemerkt, seine Partei sei nicht gegen die Subvention, es sei aber vor allem Pflicht der Gemeinde selbst alles zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage zu tun. Der Redner weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die für die Bevölkerung ausserordentlich lästige Rauchentwicklung im Elektrizitätswerk in der Engerthstrasse hin und verlangt, dass Abhilfe geschaffen wird (Beifall bei der E.L.)

GR. Uebelhör (E.L.) schliesst sich den Ausführungen des Vorredners an, indem er daraufhinweist, dass die Gemeinde ihre Pflicht zur Bekämpfung der Staub- und Rauchplage nicht erfüllt. Die Mittel die der Gemeinde zur Bekämpfung der Staubplage zur Verfügung stehen, müssten besser ausgenützt werden. Die Strassenbespritzung ist höchst ungenügend. Es wäre vor allem für eine regelmässige Bespritzung der Strassen zu sorgen. Der Zustand der Schafbergstrasse ist ein Skandal. Die Oelung der Strassen wird in sinnloser Weise vorgenommen. Man ölt ganz schlechte Strassen statt diese Strassen neuherzustellen und so entstehen Oeltümpel, die die Bevölkerung ausserordentlich belästigen. Wenn die Gemeinde hier ihre Pflicht erfüllte, wäre mehr getan als mit einer Unterstützung der Gesellschaft zur Bekämpfung der Staub- und Rauchplage. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Weigl weist in seinem Schlusswort auf die Bemühungen der Gemeindeverwaltung hin die Rauch- und Staubplage zu bekämpfen. Die Gemeinde hat bei den Feuerungsanlagen ihrer Unternehmungen Einrichtungen zur Verminderung der Rauchplage geschaffen. Es wurden zahlreiche Versuche unternommen, um die Bespritzung der Strassen zu verbessern. Doch erweist sich immer wieder, dass die Wasserbespritzung unzureichend ist und man versucht es daher mit der Oelung, die

aber auch gewisse Schwierigkeiten hat. Eine Reihe von Strassen müssten neuhergestellt werden. Die Gemeinde tut hier ihr Möglichstes, aber das Tempo kann nicht so rasch sein, dass allen Wünschen der Bevölkerung damit entsprochen werden kann. Die Gesellschaft zur Bekämpfung der Staub- und Rauchplage, die von ersten Bauherren geleitet wird, hat zahlreiche Fortschritte in der Bekämpfung der Staub- und Rauchplage erzielt und es ist nur wünschenswert, dass sie ihre Tätigkeit fortsetzt (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

Ebenso wird ohne Debatte der Antrag angenommen, die beim Betrieb "Wohnhäuserverwaltung" aus der Verwaltung der Wohnbaracken und abbruchreifen Gebäude pro 1928 sich ergebenden Abgänge per Schilling 137.878'42 dem Betriebe "Wohnungs- und Siedlungswesen" anzulasten.

Stadtrat Weber berichtet über den Bau einer Wohnhausanlage in der Triesterstrasse nach den Plänen des Architekten Ingenieur H. Würzl.

GR. Schiener (E.L.) kritisiert, dass bei vielen Gemeindebauten schon nach einigen Jahren grosse Mängel auftreten. So bei dem Gemeindebau in der Sechsschimmelgasse und beim Lindenhof in Währing, wo handbreite Sprünge sind. Diese Fälle sollen genau untersucht werden.

StR. Kunschak (E.L.) spricht nun zu dem ohne Debatte angenommenen Antrag, die beim Betrieb Wohnhäuserverwaltung aus der Verwaltung der Wohnbaracken und abbruchreifen Gebäude pro 1928 sich ergebenden Abgänge dem Betrieb Wohnungs- und Siedlungswesen anzulasten. Dieser Antrag ist nach seiner Meinung völlig unzulässig, da er sachlich nicht in die Gruppe Wohnungs- und Siedlungswesen gehört. Der Beschluss sei zu sistieren.

In seinem Schlusswort verweist der Referent darauf, dass es sich beim Bau in der Sechsschimmelgasse, wie schon in der letzten Gemeinderatssitzung festgestellt worden ist, um kleine Reparaturen gehandelt hat. Zu ihrer Behebung wurden nur drei Arbeiter in drei Arbeitstagen in Anspruch genommen. Der Sprung im Lindenhof ist eine Dehnungsfuge, also ein eingebauter Riss und kein Sachschaden. Bezüglich der von Stadtrat Kunschak geäusserten Bedenken wegen der Eröffnung einer neuen Rubrik "Zuschuss an die städtische Wohnhäuserverwaltung" erklärt Stadtrat Weber, die Richtigkeit der Bedenken überprüfen zu lassen.

St. R. Weber berichtet über den Bau einer Wohnhausanlage in der Gablenzgasse-Zagorskygasse-Herbststrasse nach den Plänen der Architekten Josef Hofbauer und Wilhelm Baumgarten. Dazu spricht GR. Höppeler (E.L.)

Die Ausführungen des GR. Höppeler beschäftigen sich vornehmlich mit der Wohnungsvergabe durch die städtische Wohnhäuserverwaltung. Der Redner gibt zunächst seiner Meinung Ausdruck, dass die überaus grosse Bautätigkeit der Gemeinde in Ottakring nur auf den Wunsch der sozialdemokratischen Partei zurückzuführen sei, das letzte Wahlresultat zu korrigieren. Dann erklärt der Redner, dass

bei der Wohnungsvergebung insbesondere die Konfessionslosen berücksichtigt werden. Ferner behauptet GR. Höppeler unter Anführung zahlreicher Fälle, dass bei der Wohnungszuweisung nicht der Grad der Bedürftigkeit eines Wohnungswerbers massgebend ist, sondern einzig und allein die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei. Durch das Wohnungsamt wird aber auch eine sehr schmutzige Geschäftskonkurrenz betrieben. Es kommt vor, dass zu Leuten, die um eine Wohnung angesucht haben, Agenten gewisser Firmen kommen und ihnen Einrichtungen für die Wohnung anbieten, bevor der Partei überhaupt noch bekannt geworden ist, dass ihr die Wohnung zugewiesen wurde. Die Agenten wissen das also früher als die Parteien selbst (Hört ! Hört bei der E.L.) (Gegen eine derartige Schmutzkankurrenz muss Stellung genommen werden. Wir verlangen, dass die Wohnungen von einer Kommission zugewiesen werden sollen, in der Vertreter aller drei Parteien sitzen. Schliesslich beklagt sich der Redner darüber dass er eine Zuschrift vom Wohnungsamt in einem ganz beschmutzten Kuvert bekommen habe. (Beifall bei der E.L.)

St. R. Weber bemerkt, GR. Höppeler habe heute dieselbe Rede zum viertenmal gehalten. Und er könne nicht darauf hoffen, von ernstlichen Menschen, selbst innerhalb seiner eigenen Partei ernst genommen zu werden. Mit der Methode Fälle anzuführen, in denen eine Zuweisung erfolgt ist und Fälle anzuführen, in denen keine Zuweisung erfolgt ist, kann man gar nichts beweisen. Im übrigen vergisst GR. Höppeler flüchtig, jene Fälle anzuführen, in denen er selbst interveniert hat. Wir lehnen es grundsätzlich ab, die Parteien irgendwie zu bespitzeln und sie nach Parteizugehörigkeit oder nach der Konfession zu befragen, Tatsächlich enthalten auch die vom Wohnungsamt ausgegebenen Meldungsbögen keinerlei erartiger Rubriken. Natürlich gibt es in den 35.000 Wohnungen, die von der Gemeinde zugewiesen wurden, auch eine Menge Sozialdemokraten und es mag auch vorgekommen sein, dass Leute die zu der Zeit als sie in die Wohnung einzogen parteilos waren oder der christlich-sozialen Partei angehört hatten, Sozialdemokraten geworden sind, weil sie erkannt haben, dass die Wohnungspolitik der Gemeinde die richtige ist.

Während der folgenden Ausführungen des St. R. Weber ruft

GR. Huber (E.L.) zum GR. Kurz hinüber: Sie haben zwei Wohnungen und ihr Sohn hat auch eine bekommen in der Flötzersteigsiedlung.

GR. Kurz : Verleumder! (Lebhafte Entrüstungsrufe bei der E.L.) Andauernde Zwischenrufe im ganzen Hause)

GR. Huber: Wer ist ein ehrlöser Verleumder!

GR. Dr. Kolassa (E.L.): Er sagt Verleumder! Warum wird er nicht zur Ordnung gerufen (Zahlreiche Rufe bei der E.L. Zur Ordnung!)

GR. Kurz : Wer hat die Wohnung bekommen?

GR. Huber: Sie haben eine Wohnung wo der Verlag der Arbeiterzeitung ist und in der Spallartgasse im Neubau der Stadt Wien haben Sie eine Wohnung mit zwei Zimmern bekommen (Lebhafte andauernde Zwischenrufe) G

GR. Schneider : Wo ist die Wohnung vom Sohn?

GR. Huber: In der Flötzersteigsiedlung!

GR. Kurz: Das ist nicht wahr!

(Andauernde Zwischenrufe im ganzen Hause).

Vorsitzender Hofbauer ruft dem GR. Kurz zur Ordnung .(Andauernde Zwischenrufe).

GR. Kurz: Wo hat mein Sohn eine Wohnung bekommen!

GR. Reismann: Haben Ihre Leute noch keine Wohnung bekommen?

GR. Schneider: Was reden Sie nichts davon, dass der Sohn des Rummelhardt eine Wohnung bekommen hat!

ST. R. Rummelhardt: Mein Sohn wohnt bei mir und ist ledig!

Vorsitzender Hofbauer: GR. Höppeler hat hier eine ganze Liste von Wohnungswerbern aufgezählt, die nach seiner Ansicht zu Unrecht eine Wohnung bekommen haben. Es wäre besser, diese Dinge amtsmässig zu behandeln und er hätte da Gelegenheit gehabt, eine Interpellation an den Stadtrat zu richten anstatt diese Fälle, ohne dass sie hier geprüft werden können, in öffentlicher Gemeinderatssitzung vorzubringen (Zwischenrufe bei der E. L.: Das geht den Vorsitzenden nichts an!)

Ich kann es aber nicht billigen, dass GR. Huber gegen Mitglieder des Gemeinderates Beschuldigungen erhebt, die nicht bewiesen sind.

St. R. Rummelhardt: Was hat Herr Schneider gesagt, dass mein Sohn eine Wohnung hat!

GR. Schneider: Es war die Tochter! Da habe ich mich geirrt!

St. R. Rummelhardt: Auch meine Tochter hat von der Gemeinde keine Wohnung bekommen, sondern von der katholischen Volkshalle. Da müssen Sie sich informieren, sonst sind Sie das, was der Kurz dem Huber gesagt hat! (Andauernde Zwischenrufe)

ST. R. Weber bemerkt, es sei natürlich nicht möglich in der Gemeinderatssitzung die ganze Liste die GR. Höppeler gebracht habe zu prüfen. Einer der von GR. Höppeler erwähnten Fälle sei ihm aber bekannt und da habe es sich gezeigt, dass GR. Höppeler ganz falsch informiert worden sei, da der Betreffende seine Wohnung nur einmal und nicht wie dies GR. Höppeler erzählt hätte, dreimal getauscht hätte. Es heisst aber einen Stadtrat zu viel zumuten, wenn man von ihm verlangt, dass er sich darum kümmern soll, was die Agenten einzelner Firmen machen. GR. Höppeler irrt auch, wenn er meint, man habe in Ottakring nur deshalb einen Wohnungsbau errichtet, um ihm aus dem Gemeinderat heraus zu bringen. An den GR. Höppeler hat man dabei wirklich nicht gedacht. (Heiterkeit bei der Mehrheit). Der Wohnungsbau wurde in Ottakring nur deshalb errichtet, weil gerade dort durch die Wohnungsspekulation ein grosses Elend geschaffen worden ist. (Lebhafter Beifall und Härdeklatschen bei der Mehrheit).

GR. Kurz stellt in einer tatsächlichen Berichtigung fest, dass er im Jahre 1924 gegen Tausch seiner Wohnung im XIII. Bezirk bestehend aus Zimmer und Küche vom Wohnungsamt eine Wohnung in der Spallartgasse bestehend aus zwei kleinen Zimmern, Küche und Vorzimmer zugewiesen erhalten habe. Die von ihm verlassene Wohnung sei einer mit I klassifizierten Partei zugewiesen worden. Den Ordnungsruf des Vorsitzenden könne er solange nicht zur Kenntnis nehmen, solange GR. Huber

nicht erkläre, wo und wann seinem Sohn vom Wohnungsamt eine Wohnung zugewiesen worden sei.

GR. Huber bemerkt/gegenüber dem-GR. Kurz in der Burggasse 35, wo er den Verlag der Arbeiterzeitung hat, eine Wohnung bestehend aus Zimmer, Kabinett und Küche habe und dass er auch in der Spallartgasse eine Wohnung aus zwei Zimmern, Vorzimmer und Küche zugewiesen bekommen habe. Sein Sohn hat dem Tramwayschaffner erzählt, dass er heiratet und dass er eine Wohnung bei Verwandten am Flötzersteig bekommt. Wie die Verwandten ausschauen weiss man schon. GR. Kurz ist nicht nur im Gemeinderat so, sondern ich habe mich über ihn auch beim Bürgermeister beschweren müssen, da er auf der Tramway Leute aufgestachelt hat, mich zu schlagen (Hört! Hört! bei der E. L.) Auch sein Sohn stänkert mich jedesmal, wenn er mich in der Strassenbahn trifft an, obwohl er die Uniform eines Gaskassiers trägt. (Zwischenrufe)

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Grolig berichtet über den Ankauf des Hauses III., Hetzgasse 8-Untere Viaduktgasse 31 und des Hauses III., Obere Viaduktgasse 4.

GR. Zimmerl (E. L.) erklärt, dass mit allen diesen Ankäufen die Mehrheit des Gemeinderates die Ueberführung des gesamten privaten Haus- und Grundbesitzes in Wien in den Besitz der Gemeinde überführen will. Das ist der Herzstich für die private Kapitalwirtschaft in Wien. Mit solchen Methoden kann man nicht einverstanden sein, wir werden daher gegen den Ankauf der zwei Häuser stimmen.

In seinem Schlusswort verweist der Referent, dass die von der Gemeinde angekauften Objekte zum Grossteil Remolierungsobjekte sind. Im übrigen kauft Berlin bedeutend mehr Gründe als Wien.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Bermann berichtet über die Ausserkraftsetzung der Bestimmungen über die Parkschutzgebiete zum Zwecke der Errichtung von eisernen Wartehallen der städtischen Strassenbahnen bei der Haltestelle Santa Luciaplatz in der Leopoldstadt und bei der Haltestelle Heigerleinstrasse-Hernalserhauptstrasse, sowie bei der Haltestelle Schmelzbrücke-Schweglerstrasse in der Felberstrasse.

GR. Heinrich (E. L.) kritisiert den Verkehr der Strassenbahnlinie F insbesondere in den Frühstunden. Nach 6 Uhr 10 Minuten früh wird trotz Massenandranges von Arbeitern und Angestellten ein Zehnminutenverkehr geführt, der zu vielen, bereits schon unerträglichen Misständen Anlass gibt. Diesem Skandal soll so bald wie möglich ein Ende bereitet werden.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und es wird der Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Dr. Hengl in Verhandlung gezogen. Dr. Hengl begründet die Dringlichkeit, indem er ausführt, dass sich der Weinbau in einer sehr ungünstigen Lage befindet. Die Absatzmöglichkeiten sind nicht die besten, schon 1926 und 1927 waren sehr geringe Ernten und jetzt sind dazu noch enorme Wetterschäden entstanden. Es müssen zur Rettung des Weinbaues umfassende Notstandsmassnahmen getroffen werden.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt und der Antragsteller be-

gründet den Antrag. Die besondere Notlage der Weinbauern erfordert besondere Massnahmen. Das sind vor allem die Gewährung langfristiger Kredite und die Suspension der Nahrungs- und Genussmittelabgabe für die Dauer von mindestens zwei Jahre.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt, dass die Gemeinde schon wiederholt den Weinbauern entsprechende Hilfe hat angedeihen lassen. Es wurden Bespritzungsmittel, Dünger, Strassenmist und Reben zum Auspflanzen den Weinbauern zur Verfügung gestellt, der Kreditverein der Zentralsparkasse hat Kredite gegeben und schliesslich wurde auch die Nahrungs- und Genussmittelabgabe für eine Reihe von Buschenschänkern pauschaliert. Vizebgm. Emmerling beantragt, den Antrag Dr. Hengls der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen.

GR. Dr. Wagner (E.L.) spricht seine Genugtuung darüber aus, dass der Chef der neuen Regierung den heimischen Weinbau Hilfe versprochen hat. In Wien müsste man die Hauer durch Ermässigung oder Sistierung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe in die Lage versetzen, den Wein abzusetzen. In Oesterreich leben 80.000 Menschen auf Böden, die nur für den Weinbau taugen und auf denen Ersatzkulturen nicht möglich sind. Man müsste den Weinbauern entweder Kapital beistellen oder durch Ermässigung der Abgaben die Möglichkeit geben, selbst Kapital zu sammeln. Der Redner spricht sich für den Antrag Hengl aus (Beifall bei der E.L.)

GR. Dr. Hengl (E.L.) stellt gegenüber dem Vizebgm. Emmerling fest, dass auch die vorjährige Ernte noch nicht einmal eine Mittelernte war und dass heuer durch den Winterfrost der Weinkultur ausserordentlicher Schaden zugefügt wurde. Hinsichtlich der Ersatzkulturen ist man über misslungene Experimente noch nicht hinausgekommen. Der Redner ersucht seinen Antrag anzunehmen. (Beifall bei der E.L.)

Der Antrag Dr. Hengl wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Vorsitzender Hofbauer schliesst die Sitzung um 21 Uhr.

.....